

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

61 (8.8.1947)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

Organ der KP

2. Jahr Nr. 61

F B S

Freitag, 8. August 1947

Einzelpreis 20 Pfg.

Die neue Regierung vor dem Landtag

Antrag der KP, Zweiparteienregierung als Provisorium zu betrachten, abgelehnt

Freiburg. Im Mittelpunkt der Mittwochsitzung des Landtags stand der kommunistische Antrag, die nur aus Vertretern der CSV und SP gebildete neue Regierung als Provisorium zu betrachten und den Staatspräsidenten zu beauftragen, bis zur Septembersitzung eine tragbare Allparteienregierung zu bilden. Der Antrag wurde bei Zustimmung der SP mit den Stimmen der CSV und DP abgelehnt. Der Staatspräsident enthielt sich trotz der in seiner Regierungserklärung zum Ausdruck gebrachten Hoffnung auf die baldige Errichtung einer Allparteienregierung der Stimme!

Dieser Antrag, mit dem die Kommunistische Partei versucht hatte, einer Vierparteien-Regierung den Weg zu ebnet, lautete:

Der Landtag ist mit dem Herrn Staatspräsidenten der Auffassung, daß die Verantwortung für die zu ergreifenden Maßnahmen, zur Milderung und Überwindung der gegenwärtigen großen Not unseres Volkes, von allen Parteien gemeinsam getragen werden muß. Parteipolitische Interessen und Machtansprüche treten in dieser Zeit, der über unser Volk hereingebrochenen Katastrophe, hinter dieser Aufgabe zurück. Der Landtag erwartet darum, bis zu seiner nächsten Tagung im Monat September, die Bildung einer Regierung durch den Herrn Staatspräsidenten, die sich aus Vertretern aller Parteien zusammensetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt übernimmt das vom Herrn Staatspräsidenten genannte Provisorische Kabinett die Geschäfte der zukünftigen Regierung.

Die Opposition der Demokratischen Partei gegen die Besetzung des Wirtschaftsministeriums durch Dr. Leibbrandt (SP) erzwang Einzelabstimmung über jeden Minister. Aufgrund der Ablehnung des kommunistischen Antrags durch die Fraktion der BCSV stimmten die kommunistischen Abgeordneten gegen die BCSV-Minister und gaben nur den Sozialdemokraten ihre Stimme, von denen Dr. Nordmann die größere Stimmenzahl erreichte, während Dr. Leibbrandt nur durch die Unterstützung der KP eine Mehrheit erreichte.

Die SP-Fraktion hatte als Bedingung für ihre Teilnahme die Forderung aufgestellt, bis zum 15. September die Regierung nach beiden Richtungen (Demokraten und Kommunisten) zu erweitern, worauf sich ausgedehnte Besprechungen zwischen den Fraktionen der SP und BCSV sowie Beratungen innerhalb der letzteren angeschlossen, weshalb die Plenarsitzung auf 17 Uhr verschoben werden mußte. Staatspräsident Wohleb sprach dann nochmals zur Regierungserklärung vom 5. August, die er nunmehr als die Erklärung der beiden Regierungsparteien bekannt gab. Anschließend sprach der Präsident der Sozialdemokratischen Partei, Abgeordneter Jäckle. Nach ihm ergriff der kommunistische Abgeordnete Eckert das Wort und wies nochmals mahnend auf den Ernst der Situation hin, appellierte an das Ver-

antwortungsbewußtsein der Abgeordneten und setzte sich entschieden für das Unterordnen der Parteiinteressen unter das Gesamtwohl unseres Volkes ein.

Das Finanzministerium ist noch nicht besetzt und wird interimistisch von Ministerialrat Dr. Bund verwaltet. Ueber die Reden und die Regierungserklärung werden wir in der nächsten Nummer unseres Blattes noch ausführlicher berichten.

So ist eine Lösung zustande gekommen, ohne wirkliche Klärung. Die Erweiterung des Rumpfkabinetts zu einer Vierparteien-Regierung ist offen gelassen, ohne daß jedoch ein allseitiger, klarer Wille zu diesem notwendigen Schritt sichtbar wäre. Die schwankende Haltung der Demokratischen Partei und der uneinheitliche Wille innerhalb der BCSV haben diese verworrene Situation geschaffen. Dies kommt auch in der Regierungserklärung deutlich zum Ausdruck, in der es heißt:

„In meiner Eigenschaft als Staatspräsident habe ich im Lauf der Verhandlungen mit den Herren Fraktionsvorsitzenden die Überzeugung gewonnen, daß die außerordentlichen Verhältnisse und die keineswegs behobene Not, unter deren Druck wir stehen, die Bildung einer parlamentarischen Regierung nach dem Wahlergebnis nicht als wünschenswert erscheinen läßt, sondern daß die Kollektivverantwortung der Parteien nahelegt. Daß aus bestimmten, von mir zu

achtenden Gründen, die Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten und Sozialdemokraten. Die Red.) sich zu dieser Konzentrationsregierung nicht verstanden haben, da insbesondere die Demokratische Partei sich zurückgehalten hat, bedeutet zweifellos von vornherein eine Belastung für diese Regierung.“

Die Wähler werden zwangsläufig erkennen müssen, daß die von ihren Vorurteilen gegen Kommunisten und Sozialdemokraten sich ergebende Stimmenabgabe für die bürgerlichen Parteien, es diesen ermöglicht hat, den unseligen, alten Geist der Koalitionsregierungen und des Kuhhandels aus der Weimarer Zeit wieder auferstehen zu lassen, anstelle der durch die Kommunisten erstrebten Zusammenfassung aller aufbauwilligen Kräfte, wie sie die Gegenwart erfordert.

In den Kreisen der Werktätigen, die trotz aller Nöte und Sorgen ihre ganze Kraft einsetzen, um die Not und den Hunger zu bannen und besonders unter der Jugend, mag diese schwächliche Haltung unseres Landtages Enttäuschung hervorrufen. Die Arbeiterschaft hat aber um so mehr Gründe, wachsam zu sein, ihre Anstrengungen zu steigern und in sich geeint mit ihren Betriebsräten u. Gewerkschaften, sich den ihr gebührenden Einfluß in den Betrieben auf das Wirtschaftsleben und die Gestaltung ihrer Zukunft zu erkämpfen. Sie ist die stärkste Kraft, wenn sie entschlossen und mutig handelt.

Skandalöser Zwischenfall

Politische „Schulungsbriefe“ für die badischen Abgeordneten

„Wenn Mr. Marshall nicht wünscht, eine Ausnahme mit Diktatoren wie Stalin und Tito zu machen, warum sollen Mr. Bevin und Mr. Bidault darauf bestehen, eine Ausnahme mit Franco zu machen?“

Wenn Mr. Randolph Churchill den Versuch unternimmt, Marschall Tito, der bekanntlich auch in den Reihen der spanischen Volksarmee gegen den faschistischen Putschistengeneral Franco kämpfte, nun mit diesem auf eine Stufe zu stellen, so ist das schließlich seine Sache. Die englischen Demokraten werden ihm die Antwort nicht schuldig bleiben und die jugoslawischen ebenso.

Wenn aber in unserem Landtag versucht wird, „Außenpolitik zu betreiben“ mit solchen Zitaten von Winston Churchills Sohn und seiner gehässigen Hetze gegen die Sowjetunion, so ist das eine andere Sache.

Wenn dazu solche Hetzschriften gegen die alliierten Mächte im Büro des Landtagspräsidenten auf dessen Vervielfältigungsapparat hergestellt und zwischen die Tagesordnung des Landtages gelegt an die Landtagsabgeordneten verteilt werden, ist das ein Charakteristikum für die Geisteshaltung der in diesem Büro tätigen „Demokraten“.

Wenn die Kommunistische Landtagsfraktion gegen diese pro-faschistische Hetze im eigenen Landtag schärfstens protestierte, war sie durchaus im Recht.

Wenn daraufhin der Landtagspräsident vor vollbesetztem Hause erklärte, von der Verteilung dieser „Uebersetzung aus dem Englischen“ nichts gewußt zu haben, ist das verwunderlich.

Wenn er jedoch feststellte, daß der Inhalt dieses Schreibens mit den Aufgaben des Landtags

nichts zu tun hat, dann sind wir vollkommen seiner Meinung. Deshalb fragt die Kommunistische Partei:

1. Wer ist für diesen skandalösen Vorfall verantwortlich?
2. In welcher Ansicht und zu welchem Zweck wurde diese „Weltereignisse“ betitelte Uebersetzung verteilt? W.

Griechische Volksarmee im Vormarsch

Athen. Aus Mitteilungen der griechischen Presse geht hervor, daß sich der Druck der Partisanenverbände in dem Gebiet von Hebra ständig verstärkt. Der griechische Ministerpräsident hat an die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens ein dringendes Hilfegesuch abgeschickt. Der Chef der amerikanischen Militärmission, General William Lindsey, hat im Verlauf einer Beratung bekannt gegeben, daß vier Transporter mit amerikanischem Kriegsmaterial nach Griechenland unterwegs seien.

Eine britische Flotteneinheit, bestehend aus 29 Schiffen, unter ihnen zwei Flugzeugträger, hat in der Rede von Nauplia Anker geworfen. Dieses Geschwader wird im Laufe der Woche Uebungen abhalten, an denen König Paul I. von Griechenland teilnehmen wird.

Dimitroff zum Balkanproblem

Sofia. Vor ausländischen und jugoslawischen Pressevertretern sprach der bulgarische Ministerpräsident Dimitroff über die Beziehungen zwischen Jugoslawien und Bulgarien, die auf der Konferenz von Bled behandelt wurden. Auf dieser historischen Konferenz, so sagte er, hatten sich die beiden Staatschefs das Wort gegeben, mit den anderen demokratisch gesinnten Völkern zusammen zu gehen, damit der Balkan ein und für alle Male aufhöre, ein Pulverfaß und eine Gefahr für den Frieden zu sein. Dimitroff fuhr dann fort: „Wir sind uns darüber im klaren, daß die gegenwärtige unsichere Lage auf dem Balkan, der Bürgerkrieg in Griechenland, die Lage in der Türkei und die ausländischen Intrigen in gewissem Umfang unsere eigene Entwicklung hemmen. Wir mischen uns nicht in die inner-griechischen Angelegenheiten ein, weil wir der Ansicht sind, daß es Sache des griechischen Volkes selbst ist, auf seinem Boden für Ordnung zu sorgen. Andererseits können wir nicht ruhig und unbeteiligt den unaufhörlichen monarchistisch-faschistischen Provokationen der Griechen an unseren Grenzen zusehen. Unsere beiden verwandten Länder werden sich in gemeinsamer Anstrengung gegen jede Provokation verteidigen.“

Der Terror in Jerusalem

Jerusalem (Südena-AFP). In Jerusalem wurde das Gebäude der Arbeitsabteilung der britischen Regierung in die Luft gesprengt. Feuerwehr und Pioniere begannen sofort mit den Bergungs- und Aufräumungsmaßnahmen. Zwei Polizeibeamte kamen ums Leben, einer wurde schwer verletzt. Ob sich unter den Trümmern noch weitere Opfer befanden, konnte noch nicht festgestellt werden. Die Mauern des Gebäudes sind eingestürzt und das Dach hängt in der Luft.

Jugendaustausch

Deutschland-Sowjetunion

Berlin (Südena). Die Delegation der Freien Deutschen Jugend, die von einem fast dreiwöchigen Aufenthalt in der Sowjetunion nach Deutschland zurückkehrten, erklärten übereinstimmend, daß sie nichts von einem Haß der sowjetischen Bevölkerung und insbesondere der sowjetischen Jugend gegen das deutsche Volk bemerkt hätten. Der Haß richte sich allein gegen den Faschismus in Deutschland.

Der Berliner Vorsitzende der FDJ, Heinz Kessler, bezeichnete als wichtigstes Ergebnis dieses Besuchs, daß Verbindungen mit den Delegationen anderer Länder angeknüpft wurden und daß mit einem Jugendaustausch zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu rechnen sei.

Förderung des deutschen Exports

Berlin (Südena). Die Exportfirmen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands werden entgegen der bisherigen Regelung, künftig einen gewissen Anteil der aus den Exporten erzielten Devisen ausgezahlt erhalten. Das Ziel dieser Regelung ist, einen Anreiz zum Exportgeschäft zu schaffen, und möglichst viele Devisen einzunehmen, von denen laufend Rohstoffe gekauft werden können.

SPD - SED - KPD

Die von allen aufrechten Sozialisten begrüßte Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien in der sowjetischen Zone, mußte selbstverständlich auch ihre Gegner auf den Plan rufen. Mit Recht befürchteten bestimmte Kreise in Deutschland und im Auslande, daß die deutsche Arbeiterschaft, wenn es ihr gelingt, ihren gemeinsamen Willen durch die Schaffung einer großen Arbeiterpartei für ganz Deutschland durchzusetzen, dadurch zur entscheidenden Kraft bei der zukünftigen Gestaltung Deutschlands zu werden.

Schon nach dem ersten Weltkriege, als die kapitalistischen und militaristischen Kräfte unseres Landes geschwächt waren, bestand die Möglichkeit durch entschlossenes und einheitliches Handeln der Arbeiterschaft die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland grundlegend zu ändern und dadurch für unser ganzes Volk eine friedliche Entwicklung zu Arbeit und Wohlstand zu sichern. Die politische Aufspaltung unserer Arbeiterklasse hatte es jedoch den kapitalistischen Kräften ermöglicht, sich zu erholen und ihre Positionen wieder zu befestigen und schließlich erneut zum Angriff überzugehen, wodurch die damals erworbenen Rechte der Arbeiterschaft schrittweise wieder abgebaut oder eingeschränkt wurden.

Nachdem nun die katastrophalen Folgen der damaligen Politik der Arbeiterparteien für Alle sichtbar geworden waren, wurde in breiten Kreisen der Arbeiterschaft eine gradlinige Entwicklung zur sozialistischen Einheit aufgrund dieser Erfahrungen für selbstverständlich angenommen, ohne zu bedenken, daß durch die Besetzung unseres Landes und die dadurch bedingte Aufteilung in Besatzungszonen ausländischer Kräfte auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland weit mehr Einfluß nehmen als 1918. Schon die Tatsache, daß die Bildung politischer Parteien nicht gleichzeitig in ganz Deutschland gestattet wurde, entstand ein Unterschied im Entwicklungstempo ihres Neuaufbaues in den einzelnen Zonen, so daß, als die beiden Arbeiterparteien der sowjetischen Zone sich bereits vereinigen, sie hier bei uns sich noch im Stadium des Neuaufbaues befanden.

In zahllosen Versammlungen wurde in die Diskussion das Argument geworfen, die Vereinigung in der sowjetischen Zone sei unter dem Druck der russischen Besatzung geschehen. Jedoch im Westen Deutschlands, wo von einem Druck zur Verschmelzung sicherlich nichts zu verspüren war, haben die Führer des sozialdemokratischen Parteivorstandes in Hannover von sich aus nichts unternommen, die Einheit der Arbeiterschaft zu verwirklichen. Die Legende vom Druck zur Verschmelzung wurde bewußt geschaffen, um die Forderung zur Neugründung der SPD in der sowjetischen Zone erheben zu können. Schuhmacher hat erklärt, die SPD sei in der sowjetischen Zone nicht zugelassen und geflissentlich verschwiegen, daß bisher nie ein solcher Antrag bei der sowjetischen Militärregierung gestellt wurde. Nachdem nun auf dem Nürnberger SPD-Parteitag die Forderung auf Zulassung der SPD in ganz Deutschland erhoben wurde, hat die Sowjetische Militäradministration eine offizielle Erklärung dazu abgegeben, die wir heute in ihrem Wortlaut veröffentlichen. Damit ist auch dieses verleumderische Argument gegen die Einheit gegenstandslos geworden. Tatsache ist vielmehr, daß die kommunistischen Parteien in den drei Westzonen nach ausführlichen Diskussionen in den Reihen der Mitgliedschaft und auf ihren Parteitag beschlossen haben, sich mit der Sozialistischen Einheitspartei zu vereinigen. Von Einheitsfrontausschüssen wurden an die amerikanische und englische Militärregierung, deren Richtlinien entsprechend, Anträge um Zulassung der Sozialistischen Einheitspartei gestellt. Sie wurden jedoch abgelehnt, so daß folgende Lage entstand: Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei wurde in mehreren „Ländern“ der westlichen Zonen beantragt, aber nicht genehmigt. Eine Neugründung der SPD in der sowjetischen Zone wurde nicht beantragt und konnte deshalb auch nicht genehmigt werden. Sie ist also nicht verboten. Die SED hat keinen Einfluß darauf, ob von der SPD ein Antrag auf Zulassung in der sowjetischen Zone gestellt wird und wie über diesen von Seiten der Besatzung entschieden würde. Ebensoviele wie die Antragsteller zur Gründung der Sozialistischen Einheitspartei in den

SPD in der Ostzone nicht verboten

Berlin. Ueber ihre Haltung gegenüber der Sozialdemokratischen Partei in der Ostzone gibt die sowjetische Militärverwaltung „schau“ veröffentlicht wurde. Darin heißt es:

„Wie in der Presse mitgeteilt wurde, nahm die kürzlich in Nürnberg stattgefundene Tagung der Sozialdemokratischen Partei der westlichen Zone auf Vorschlag von Schuhmacher und seiner Gruppe eine Resolution an, welche die Schaffung der angeblich durch jemand verbotenen Sozialdemokratischen Partei in der sowjetischen Zone fordert.“

Die Informationsstelle der SMA in Deutschland ist bevollmächtigt, aus diesem Anlaß folgendes mitzuteilen:

„Bereits im Juni 45 hat die sowjetische Militärverwaltung auf dem gesamten Territorium der sowjetischen Zone die Tätigkeit deutscher demokratischer Parteien und öffentlicher Organisationen gestattet. Gleichzeitig hat die SMA die Kommunistische, Sozialdemokratische und Liberale demokratische Partei und die Christlich-DEMOKRATISCHE Union registriert, ebenso wie die deutschen freien Gewerkschaften und verschiedene demokratischen Organisationen der Jugend, der Frauen, der Intelligenz, Handwerker, Bauern und andere. Diese demokratischen Organisationen vereinigen gegenwärtig in ihren Reihen in der sow-

jetischen Zone über sieben Millionen Menschen.

Im April 1946 haben die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei in der sowjetischen Zone beschlossen, sich zu einer Arbeiterpartei unter dem Namen „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ zu vereinigen, nachdem sie deren Plattform und Statuten angenommen hatten.

Nach dieser Vereinigung ging bei den Organen der SMA kein einziges Gesuch über Registrierung und Genehmigung der Tätigkeit irgendeiner neuen sozialdemokratischen Organisation auf dem Territorium der sowjetischen Zone oder in irgendeinem einzelnen Bezirk ein.

Infolgedessen hatten und haben alle Gespräche darüber, daß in der sowjetischen Zone das Bestehen der SPD angeblich verboten sei, keine reale Grundlage, weil die Tätigkeit einer Partei weder verboten noch gestattet werden kann, wenn die Frage ihrer Gründung überhaupt von niemand angezweifelt wurde.

Aus diesem Grunde ist die Resolution der Sozialdemokraten gegenstandslos. Sie versucht, die öffentliche Meinung irrezuführen und verfolgt offensichtlich provokatorische antisowjetische Ziele.“

Westzonen die Entscheidungen der Militärregierung nicht beeinflussen konnten.
Die Entscheidungen einer Besatzungsmacht können dem Willen der deutschen Arbeiterschaft entgegenwirken. Sie können jedoch nicht die

Arbeiterschaft daran hindern, ihre Bereitschaft zur Einheit zu demonstrieren und die Einheit zu beschließen, damit diese, sobald es die äußeren Verhältnisse gestatten werden, verwirklicht wird.
G. W.

Die sozialistische Einheit

Resolutionsentwurf zum Landesparteitag

Der 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Südbadens bringt den entschlossenen Willen der Mitglieder der Partei zum Ausdruck, unermüdet für die Vereinigung aller Sozialisten und Kommunisten in einer neuen Partei tätig zu sein. Die bürgerlichen und kapitalistischen Kreise haben sich längst unter allen möglichen Parolen und Tarnungen zusammengefunden, sie versuchen sich mit ähnlichen Methoden wie die Nazis unter ihrem Meisterlügen Goebbels eine Massenbasis zu schaffen, um ihre Absichten unter Mißbrauch der demokratischen Freiheit zu verwirklichen. Ihre Absicht ist es, aufs neue ihre Macht zur Ausbeutung der Werktätigen, selbst mit Hilfe des Auslands, auf den Trümmern des im Kampf um die Welt Herrschaft hart getroffenen deutschen Monopol-Kapitalismus zu errichten und die Folgen der von ihm verschuldeten Katastrophe auf die Schultern der breiten Massen unseres Volkes abzuwälzen.

Nur das Zusammenstehen aller fortschrittlichen Kräfte in Deutschland, die sich zum gemeinsamen Kampf um eine starke, alle Sozialisten zusammenfassende Partei scharen, kann diese Gefahr bannen. Diese einheitliche sozialistische Partei, diese Zusammenfassung aller politischen Kräfte der Arbeiterklasse, kann nur geschaffen werden auf dem Fundament des Marxismus, des sozialistischen Gedankengutes der großen Erneuerer unserer Gesellschaft, Marx, Engels, Liebknecht und Bebel.

Der vielversprechende Anfang zur Vereinigung der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei zu einer neuen sozialistischen Einheitspartei in Baden berechnete uns auf dem ersten Parteitag in Singen im März 1946 zu der Hoffnung, daß in unserem Land sich die Vereinigung der Sozialisten und Kommunisten vollziehen würde. Damals erklärte ein prominenter Vertreter der SP-Badens in seiner Begrüßungs-Ansprache:

„Niemand wieder die Fehler von 1918, damals haben wir die erste Schlacht verloren. Genossen, Genossinnen, sorgen wir dafür, daß wir heute nicht die gleichen Fehler begehen. Leider sind nach den 12 Jahren Faschismus die beiden Arbeiterparteien getrennt wieder aufmarschiert. Aber das soll kein Grund sein und darf nicht Ursache werden, daß wir nicht auf das engste zusammenarbeiten, denn die alte Parole der sozialistischen Partei: Der Feind steht rechts, gilt auch heute noch, ja, sie gilt mehr denn je. Die Reaktion marschiert, seien wir uns dessen bewußt, ziehen wir aus dieser Tatsache die Konsequenzen und schließen die Reihen.“

Leider ist diese Bereitschaft vieler sozialdemokratischer Genossen zusammen mit den Kommunisten, die politische Kraft der Arbeiterklasse in einer Partei zusammen zu fassen, vor allem durch außerbadische Einflüsse der SPD-Führung unmöglich gemacht und die Stoßkraft der Sozialisten in Baden dadurch

Ein Bischof kommt vor die Spruchkammer

München. Vor einer Spruchkammer wird sich demnächst, wie der bayrische Ministerpräsident Dr. Ehard bekannt gab, der Weihbischof Anton Scharnagl zu verantworten haben. Dieser hohe Würdenträger der katholischen Kirche, der Mitarbeiter des bekannten Kardinals Faulhaber war, wird der Zusammenarbeit mit der Gestapo beschuldigt. Scharnagl, der seines Postens als Bischof entbunden wurde, und sich zur Zeit im Kloster Glonn bei München aufhält, leugnet die gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen mit dem Hinweis, er habe lediglich über kirchliche Angelegenheiten mit der Gestapo verhandelt. Als Hauptbelastungszeuge soll wahrscheinlich der ehemalige Gestapo-Chef von Mühlhausen, Kurt Iselhorst auftreten, der bereits von britischen und französischen Militärgerichten zweimal zum Tode verurteilt worden ist.

Simpfendorfer Hauptschuldiger?

Stuttgart. Der ehemalige württembergische Kultusminister Wilhelm Simpfendorfer, gegen den ein Spruchkammerverfahren läuft, wird vom öffentlichen Kläger als Hauptschuldiger bezeichnet. Ein Antrag auf entsprechende Einstufung wurde eingebracht. Der öffentliche Kläger schilderte in diesem Antrag zunächst den politischen Werdegang Simpfendorfers und stellte fest, daß der Betroffene zwar bis 1927 parteilos war, aber nach einer von ihm im Jahre 1940 unterzeichneten Liste stets Rechtsparteien, insbesondere Bauernbund und NSDAP gewählt habe. Im Jahre 1927 sei er dem Christlich-Sozialen Volksdienst beigetreten und später dessen Vorsitzender und Fraktionsführer im Reichstag geworden. Diese Partei löste sich am 30. Juni 1933 auf. Der Betroffene habe dann im Juni 1933 den damaligen Reichsinnenminister Dr. Frick in einem Schreiben gebeten, als Hospitant in die Reichstagsfraktion der NSDAP aufgenommen zu werden. Dieser Bitte sei entsprochen worden.

Der öffentliche Kläger zitiert ferner ein Schreiben des ehemaligen württembergischen Kultusministers Mergenthaler aus dem Jahre 1941, in dem dieser Simpfendorfer bestätigt, es geschickelt zu verstehen, im Religionsunterricht „nationalsozialistische Werte“ herauszustellen. In der von Simpfendorfer herausgegebenen Zeitung „Evangelischer Weg“ sei nach Angabe des öffentlichen Klägers rührige Wahlpropaganda für Hitler gemacht worden. Simpfendorfer hat inwieweit diese durch Dena verbreitete Erklärung des öffentlichen

geschwächt worden. Auch die an und für sich erfreulich enge Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Genossen in den Betrieben, in den Gemeinden und Kreisen und bei den Verfassungskämpfen; in der beratenden Landesversammlung, ändert an dieser Tatsache wenig.

Es muß deshalb das Ziel aller aufrechten Sozialisten sein, die Vereinigung ihrer Kräfte auch in Südbaden, wie in den Westzonen überhaupt, anzustreben und mit der Sozialistischen Einheitspartei in der sowjetischen Besatzungszone zusammen für ganz Deutschland eine einheitliche, sozialistische-marxistische Partei zu schaffen.

Trotz der Hemmungen, die dieser Absicht entgegenstehen — der Kontrollrat hat die Zulassung politischer Parteien für ganz Deutschland noch nicht gestattet, die Anträge der kommunistischen Parteien in der amerikanischen und englischen Zone zur Gründung der SED wurden abgelehnt und die Konstituierung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen der Kommunistischen Partei in der französisch besetzten Zone und der SED wurde untersagt, — wird die Kommunistische Partei Badens in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, das Ziel der Vereinigung aller Sozialisten zu erreichen. Sie wird allen Versuchen reaktionärer Kreise und verständnisloser Gruppen innerhalb der Arbeiterschaft, Vorurteile gegen die SED auszulösen und die Grundsätze dieser Partei zu verzerren, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Diesem Zwecke diene die Veröffentlichung der Grundsätze und Ziele der SED, die von jedem Sozialisten als ein klares Programm für die zunächst notwendigen Maßnahmen zur Rettung und Erneuerung Deutschlands anerkannt werden müssen.

Zwischen der politischen Grundhaltung der Kommunistischen Partei Badens und der der Sozialistischen Einheitspartei in der sowjetischen Zone bestehen keine Unterschiede, wenn auch der Weg zur Verwirklichung der einzelnen Abschnitte im Kampf um die sozialistische Erneuerung unseres Landes durch die besonderen Verhältnisse in unserer Zone bedingt sind. Diese Auffassung wird von der Kommunistischen Partei in allen drei Westzonen vertreten. Die Vereinigung der Kommunisten und aller derer, die aus der Sozialdemokratie und aus dem großen Bereich der parteilich nicht gebundenen Sozialisten hierzu bereit sind, wird sich daher, mit der SED in dem Augenblick vollziehen, in dem die vier Besatzungsmächte die Zulassung der politischen Parteien im Reichsausschuss beschlossen haben.

Die Kommunistische Partei Südbadens fordert darum ihre Mitglieder auf, sich noch mehr als bisher mit den in UNSER TAG abgedruckten Zielen und Grundsätzen der SED zu beschäftigen und bei allen Diskussionen über die Aufgabe der Arbeiterklasse in dieser Zeit der Entscheidungen auf die Notwendigkeit der Einheit aller Sozialisten auf der Grundlage des Marxismus hinzuweisen.

Klägers als eine durch die Presse verzerrte Tendenzmeldung hingestellt. Er sagte, daß er vor der Spruchkammerverhandlung dazu nicht Stellung nehmen könne, und daß er sich darauf beschränken müsse, diese Meldungen zu beanstanden.

Wie bekannt wird, soll die Verhandlung vor der Spruchkammer erst im nächsten Monat stattfinden.

Ein Rache-Akt?

Frankfurt. Die Einleitung eines Spruchkammerverfahrens gegen vier führende Mitglieder der SPD in Württemberg-Baden wird von der CDU Württemberg-Baden betrieben. Die CDU erklärt, sie habe sich zu diesem Schritt entschlossen, nachdem ihr eine Anzahl von „vertraulichen“ Akten bekannt gegeben worden sei, die sich mit dem Beschluß des erweiterten SPD-Landesvorstandes Württemberg-Baden vom 10. Mai 1933 befassen und den Inhabern von SPD-Mandaten empfehlen, die politische Neuordnung Deutschlands nach den Plänen der nationalen Revolution zu unterstützen. Von der CDU wird offen erklärt, daß zwischen diesem Schritt und dem Fall Simpfendorfer ein ursächlicher Zusammenhang bestehe.

Deutschland-Rundschau

EIN WIRTSCHAFTSABKOMMEN NORWEGEN — FRANZÖSISCHE ZONE wurde in Baden-Baden unterzeichnet. Norwegen will Landmaschinen, chirurgische Instrumente, elektrotechnische und chemische Erzeugnisse einkaufen und dafür Leichtmetalle und Spezialstähle liefern.

EINE BAYERNPARTEI hat in München ihre Tätigkeit aufgenommen. Überall sind blauweiße Plakate angeschlagen. Die Partei ist föderalistisch eingestellt und fordert die Rückführung aller Flüchtlinge in ihre Heimatgebiete.

EIN OMNIBUS-DIENST Bayern-Sachsen-Thüringen ist auf der Strecke Hof-Plauen-Greiz-Gera-Weimar eingerichtet worden. Die Wagen, deren Benutzung nur mit Interzonenpässen möglich ist, fahren Montag, Mittwoch und Freitag von Hof bzw. von Weimar ab.

536 DEUTSCHE KRIEGSGEFANGENE und **1535 ZIVILINTERNIERTE** aus der Sowjetunion wurden vom 27. Juli bis 2. August in Frankfurt-Oder entlassen.

ARBEITSRISIKO BEIM ARBEITGEBER entschied das Düsseldorf Arbeitsgericht in einem Rechtsstreit, in dem geklärt werden sollte, ob es dem Arbeitgeber oder dem Arbeitnehmer zufalle.

FDJ-SCHULGEBETERLASS. Die FDJ-Hessens hat einen offenen Brief an Kultusminister Dr. Stein gerichtet, in dem sie gegen den Erlaß Stellung nimmt, wonach bei Beginn und am Ende des Unterrichts ein Kirchenlied gesungen oder ein Gebet gesprochen werden müsse.

Bevin sagt:

„Es gibt keinen Marshall-Plan“

London. Der britische Außenminister Bevin sprach im Verlauf einer Unterhausdebatte zur deutschen Frage. Nachdem er erklärt hatte, daß er sich bei der kommenden Außenministerkonferenz noch einmal mit aller Kraft für die Verwirklichung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands einsetzen werde, sagte er, daß für eine umfassendere Versorgung von Rohstoffen und für eine bessere Ernährung der Deutschen von England nicht ein Dollar mehr ausgegeben werden könne, wenn der derzeitige Einfuhrplan abgelaufen sei. Trotzdem würde sich England bemühen die deutschen Rationen bis auf 1800 Kalorien zu steigern.

Anschließend kam Bevin auf das Problem der amerikanischen Europa-Hilfe zu sprechen. Er stellte hierzu fest:

Ich muß immer wieder sagen, daß kein eigentlicher Marshall-Plan existiert, und daß es niemals einen solchen gab. Die Rede Marshalls war nichts anderes als eine einfache Erklärung: er möchte mit einem Europa verhandeln, das seinerseits als Gesamtheit in Erscheinung tritt. Bevin fügte hinzu, er könne in dem sogenannten „Marshall-Plan“ keinerlei Hinweis dafür sehen, daß die Wall Street versuche, damit eine Vorherrschaft zu erreichen.

Ferner gab Bevin bekannt, daß er sich entschlossen habe, die Oberbefehlshaber der Besatzungszonen in Deutschland aufzufordern,

der Pariser Konferenz mitzuteilen, in wieweit nach ihrer Ansicht Deutschland seinen Beitrag für den Wiederaufbau Gesamteuropas leisten könne.

Der britische Außenminister fuhr fort: „Die Moskauer Konferenz ist gescheitert, und die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben daraufhin einen völlig neuen Plan ausgearbeitet, und zwar unter Zugrundelegung einer Stahlproduktion von etwas mehr als 10 Millionen Tonnen für die beiden Zonen.“

Dann kam Bevin auf die Einstellung Frankreichs zu diesem Problem zu sprechen. Nach seiner Ansicht muß Frankreich die Möglichkeit gegeben werden, bei der Festlegung einer endgültigen Ziffer für die deutsche Stahlproduktion seine Stellungnahme zu äußern.

Außenminister Bevin schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Wir haben keineswegs den Wunsch, den Revanchegeist gegen das deutsche Volk ewig wahren zu lassen. Nach unserer Ansicht kann Deutschland aus einer kriegerischen Angreifernation in eine friedliche Nation umgewandelt werden, der die Mitwirkung im Rat der europäischen Völker möglich ist, wenn man die deutschen Angelegenheiten mit Sorgfalt und mit Überlegung behandelt. Dieses Ziel haben wir uns mit unserer Arbeit gesetzt. Wir werden unser Ziel jedoch schneller erreichen, wenn Deutschland selbst sich an seiner eigenen Wiedergesundung beteiligt.“

Ruhrkonferenz am 12. August

Washington. Die britisch-amerikanische Ruhrkohlenkonferenz, die wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Washington verschoben werden mußten, wird nun am 12. August in Washington beginnen. Die amerikanische Regierung bestand bisher darauf, nur über die Steigerung der Ruhrkohlenförderung zu verhandeln, während Großbritannien forderte, daß die Frage der Erhöhung der amerikanischen Beitragsleistung für die Verwaltungskosten der britischen Besatzungszone auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Der Präsident der Weltbank äußerte sich dazu, daß seine Bank geneigt wäre, jedes Projekt finanziell zu unterstützen, das eine Steigerung der Ruhrkohlenförderung bezwecke. Das Direktorium der Weltbank glaubt, jedem Lande eine Anleihe gewähren zu können, das bereit ist, seine Kohlenförderung zu steigern. Es ist klar, daß eine Anleihe für die Ruhrbergwerke durch eine amerikanische Bank eine entscheidende Änderung in der Kontrolle des Ruhrgebietes veranlassen würde. Paris ist der Meinung, daß ohne Mitwirkung Frankreichs und Sowjetrußlands keine Entscheidung getroffen werden dürfte.

Zwischen der britischen und amerikanischen Regierung bestehen übrigens große Meinungsverschiedenheiten im Hinblick auf die vorgesehene Nationalisierung der Ruhrkohlengruben. Der Sprecher der Vereinigten Staaten, der das Datum der Konferenz bekanntgab, hat es abgelehnt, sich irgendwie zur Tagesordnung zu äußern.

SED zur Ruhrfrage

Berlin. Eine wirkliche Lösung des Ruhrproblems kann nur die Vier-Mächte-Kontrolle über die Ruhr, die Ausschaltung der deutschen Monopolisten und die Uebereignung der Ruhrgruben an die deutsche öffentliche Verwaltung verbürgen. Diese Ansicht veröffentlicht der SED-Pressedienst am Dienstag zu der am Montag von Außenminister Bevin im britischen Unterhaus abgegebenen Erklärung, wonach eine Vier-Mächte-Kontrolle über die gesamte deutsche Industrie bestehe.

Mit dieser Erklärung wolle Bevin, so heißt es in der Stellungnahme der SED weiter, die über die amerikanischen Machtansprüche auf die Ruhr beunruhigte britische Öffentlichkeit vom Kern der anglo-amerikanischen Verhandlungen über die Ruhr ablenken.

Gegen Gewerkschaftsspalter

Berlin. Die SED fordert die Auflösung der in gewissen Gebieten Deutschlands zugelassenen christlichen Gewerkschaften, da die Arbeiterschaft die Notwendigkeit besonderer, von der gewerkschaftlichen Gesamtbewegung getrennter Gewerkschaften nicht einsehe.

Den Spaltern und Saboteuren der Einheitsgewerkschaften ist es unter dem Deckmantel religiöser Ansichtung gelungen, die Erlaubnis zur Gründung christlicher Gewerkschaften zu errei-

chen. Damit versuchen die Feinde einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung die Militärregierung für ihre reaktionären Zwecke auszunutzen. Es ist verständlich, daß es dem Unternehmertum leichter fällt, mit einer in mehreren Gewerkschaftseinrichtungen aufgespaltenen Arbeiter- und Angestelltenschaft fertig zu werden und sie für ihre Interessen einzuspannen, als mit einer einheitlichen, geschlossenen Gewerkschaftsbewegung.

Führer der Vernichtungstrupps vor Gericht

Nürnberg. Vor dem Nürnberger Militärgerichtshof begann mit der Anklageüberreichung der Prozeß gegen 24 ehemalige Offiziere der sogenannten Einsatzgruppen und Einsatzkommandos. Hunderttausende von Zigeunern, Juden und Kommunisten und andere „unerwünschte“ Personen sind von diesen Männern im Auftrag Himmlers in den besetzten Ostgebieten ermordet worden. Es handelt sich um den ehemaligen SS-Gruppenführer und Chef der Einsatzgruppe D Otto Ohlendorf, der in einer eidesstattlichen Erklärung selbst die Ermordung von 60 000 Personen zugegeben hat, um Heinz Jost, ehemaliger SS-Brigadeführer und Chef der Einsatzgruppe A, Erich Naumann, ehemaliger SS-Gruppenführer und Chef der Einsatzgruppe B und andere hohen SS-Führer. Einer der Angeklagten, der ehemalige Sturmbannführer Emil Hausmann hat sich vor Prozeßbeginn durch Erhängen seinem Urteil entzogen.

Volksrichter in der Ostzone

Berlin. Die Bedeutung der Volksrichter für das demokratische Rechtswesen in der Sowjetzone wurde in einer Volksrichterstagung in Halle unterstrichen. In einem Referat wurde erklärt, daß durch die konsequente Demokratisierung der Justiz der Typ des Volksrichters entstanden sei. Urteile und Freisprüche wie im Tillysen-Prozeß, die einer gesunden Rechtsordnung Hohn sprechen, seien in der Sowjetzone so gut wie undenkbar. 65 Volksrichter und 4 Volksanwälte amtieren zur Zeit im Lande Sachsen-Anhalt unter 180 Richtern.

US-Hilfe unerlässlich

Tschiangkajscheks verzweifelte Lage

Washington. Es wird erklärt, daß nur eine Hilfe, wie sie die Vereinigten Staaten Griechenland bereits gewährt hätten, der Regierung des Marschalls Tschiangkajschek ermöglichen könne, die Kommunisten militärisch zu besiegen. Zu diesem Schluß soll auch der sich gegenwärtig in China aufhaltende amerikanische Sonderbeauftragte, General Wedemeyer, gekommen sein, der die wirtschaftliche, politische und militärische Lage prüfen soll. Wie weiter erklärt wird, habe die amerikanische Regierung bis heute keinen Beweis dafür erhalten, daß die Sowjets den kommunistischen Streitkräfte in Kona Kriegsmaterial geliefert haben.

Der Auftrag für General Wedemeyer lautet, von der Nanking-Regierung möglichst eingehend eine Antwort auf die von Washington für die Gewährung einer amerikanischen Hilfe gestellten Bedingungen zu erhalten.

In politischen Kreisen Chinas und des Auslands herrscht allgemein die Ansicht, daß die Nanking-Regierung noch zögert, bevor sie endgültige Verpflichtungen eingeht, da Washington uneingeschränkte Kontrolle über die Verwendung der Kredite und der an China gelieferten Waren und Waffen verlangt.

Batavia. Die indonesische Regierung hat beim Sicherheitsrat wegen Verletzung der Abmachungen über die Einstellung der Feindseligkeiten durch die niederländischen Truppen Protest erhoben.

UNSER TAG

Volkszeitung für Baden

Chefredakteur: Dr. Karl Bittel (in Urlaub)
Verantwortlich i. V.: Gerhard Wohlrath

Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstr. 1.
Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg. — Verlag: Südwest-Verlag „GmbH.“, (17b) Offenburg, Hauptstr. 113, Postfach 351, Fernruf 2207. — Erscheint mittwochs u. freitags. — Bezugspreis monatlich 1,50 Mk. einschl. Trägerlohn, b. Postbezug zuzügl. Bestellgeld. Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg.

Mehrleistung der deutschen Landwirtschaft

Betrachtungen über die technischen Möglichkeiten der Erzeugungsausweitung

Voraussetzung für die Gesundung der deutschen Ernährungswirtschaft und die höchstmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Leistungen ist die Reform der landw. Besitzverhältnisse (Bodenreform), die Demokratisierung in Anbauplanung, Erfassung und Verteilung und als tragende Tatsache die Notwendigkeit, weitgehende rationelle Erzeugungsverfahren einzuführen. Der Erörterung dieser letzteren Möglichkeiten dienen die folgenden Betrachtungen:

Die Erhöhung der Hektarerträge ist nicht der einzige Weg der landw. Produktionssteigerung. Wenn die Ernährungsleistung der deutschen Landwirtschaft in den letzten 150 Jahren einigermaßen Schritt hielt mit der gewaltigen Vermehrung der Bevölkerung, so lag das nur zum Teil daran, daß Kunststückerzeugung, Gründüngung und Saatgut die Erträge der einzelnen Früchte erheblich zu steigern verstanden.

Das Hauptverdienst trug die allmähliche Umstellung der Wirtschaftsweisen, die Bevorzugung derjenigen Früchte, die je ha größere Massen an menschlichen Verzehrwert liefern. Aber das Verhältnis, in dem die verschiedenen Früchte angebaut werden, steht nicht unverrückbar fest, kann verändert werden und hat sich im Laufe der Zeit allmählich erheblich geändert. Und hier liegen noch sehr beträchtliche Erzeugungspotentialien, deren Erschließung technisch keine Schwierigkeiten mehr bietet, sofern nur bestimmte sachliche und psychologische Voraussetzungen geschaffen werden. Das sei mit ein paar Zahlen belegt.

Wir können unterscheiden zwischen (1) Futterbau-Wirtschaften (mit mäßigem Getreide- und schwachem Hackfruchtbau), (2) Getreidefütter-Wirtschaften (mit mäßigem Hackfruchtbau) und (3) Hackfrucht-Wirtschaften (mit starkem Rüben-, Kartoffel- oder Gemüse-, mäßigem Getreide- und Futterbau). Als bisher noch wenig verwirklichte Zukunftsform können wir (4) eine stark motorisierte (oft pferdelose) Hack- und Zwischenfrucht-Wirtschaft anfügen, die trotz starker Viehhaltung wenig Futterflächen benötigt, weil sie ihr Viehfutter als Abfall und als Zweitfrucht gewinnt. Wählen wir eine Bauerwirtschaft von 13 ha ordentlichen Mittelboden als Beispiel und denken wir sie uns so, daß alle diese vier Formen der Bewirtschaftung möglich wären. Da in den Westzonen knapp vier Menschen auf 1 ha landw. Nutzfläche entfallen, hätte dieser Betrieb mithin — einschließlich der Bauernfamilie und ihrer Gehilfen selbst — unter normalen Bedingungen rund 50 Menschen mit folgenden Wochenrationen zu beliefern:

	1	2	3	4
Schwarzbrot (gr)	475	1630	1440	2300
Kartoffeln	4150	6170	7000	7000
Zucker	—	—	1500	1900
Butter	218	166	158	246
Schweinefleisch	35	100	490	780
Rind- u. Kalbfleisch	180	148	140	230
Magermilch	4600	2700	1760	2700

Das sind tägl. Kal. 1100 1570 2650 3380

Dabei beträgt der Anteil der hochwertigen tierischen Produkte in Kalorien

(Prozente)	44	25	19	24
------------	----	----	----	----

Die große Masse der Betriebe steht heute noch auf dem Stande der Futter- und Futter-Getreide-Wirtschaft. Der Uebergang zur nächsthöheren Stufe ist zwar nicht in allen Fällen, aber doch in weitem Umfange möglich. Eine Großzahl von Beispielen beweist, daß die einseitige Futterbauwirtschaft auch in den Mittelgebirgs- und den nordwestlichen Gebieten nur zum kleinen Teil wirklich naturbedingt ist. Wenn man diejenigen Betriebe, deren natürliche Verhältnisse es erlauben, auf die Stufe der Hackfrucht-Wirtschaft und wenigstens teilweise der motorisierten Hack- und Zwischenfrucht-Wirtschaft heben könnte, so wäre zusammen mit dem, was an Einfuhr stets unerlässlich sein wird (und mit einer Verstärkung des Oelfrucht-

und Obstbaues) bereits eine für jeden Bedarf ausreichende Ernährung gesichert. Die entscheidende Frage ist: wie kann das möglichst schnell erreicht werden?

An Kunststückerzeugung muß ebensoviel und noch mehr als im letzten Friedensjahr zur Verfügung stehen und der heutige gewaltige Rückstand in der Maschinenausrüstung des Bauern hoben werden. (Genossenschaft, Maschinenstationen.) Dazu muß im Mindestfalle die Landmaschinenerzeugung der letzten Friedensjahre schnell wieder erreicht, für eine Anzahl von Jahren sogar, für viele Anzahl von Jahren sogar, namentlich in der Schlepperherstellung, erheblich übertroffen werden.

Die wichtigste Voraussetzung ist die psychologische — daß es nämlich gelingt, den guten Willen des Bauern für diese Umstellung zu gewinnen. Zwang führt nicht zum Ziel. Mit Zwangserfassung kann man vielleicht erreichen, daß auch der Bauer hungert, aber nicht, daß die anderen satt werden. Die heutigen Ausnahmegesetze gegen den Bauern müssen beseitigt werden, wenn mehr erzeugt werden soll. Beseitigt werden muß ebenso das Mißverhältnis zwischen dem, was der Bauer heute in Wirklichkeit für die Beschaffung seiner Betriebsmittel aufwenden muß und dem, was er bei legalem Verkauf für seine Erzeugnisse bekommt.

Der Bauer muß aber auch dazu erzogen werden, seine Erzeugnisse weder im Tauschwege, bei dem die eingetauschte Ware in den meisten Fällen wertmäßig beträchtlich höher steht als das eigene Tauschobjekt, und dazu den Ärmsten der Armen gehörte, noch gegen Schwarzmarktpreise illegal abzusetzen und damit der Ernährung praktisch zu entziehen.

Als Tatsache dürfen wir die technische Möglichkeit feststellen, unsere heutige Ernährung durch eigene Anstengung auf ein immerhin er-

trägliches Maß zu verbessern. Die Natur widersetzt sich dem nicht; die dargelegten Möglichkeiten stellen noch nicht einmal die Grenze dar. Nötig ist das Verständnis und die Zustimmung der Besatzungsmächte, vor allem für die schnelle Ausweitung der Herstellung der notwendigen landwirtschaftlichen Betriebsmittel. Nötig ist klare Erkenntnis und Tatkraft bei den deutschen Länderregierungen und verantwortlichen landwirtschaftlichen Verbänden. Nötig ist vor allem der feste Wille aller Werktätigen, die Not des Hungers mit äußerster Anspannung der eigenen Kräfte zu überwinden, statt durch unwürdiges Betteln um die Hilfe der Besatzungsmächte, mag diese im Augenblick und für die Uebergangszeit auch noch so notwendig sein. Solange maßgebende deutsche Stellen sich ängstlich scheuen, die Möglichkeiten der Selbsthilfe ernstlich zu erörtern, aus der Befürchtung heraus, die Hilferufe an das Ausland könnten dadurch an Wirkung verlieren, solange wird sich unsere Lage kaum ändern. Dr. L. R.

Ernteaussichten der Bizone

Frankfurt. Die anhaltende Hitze dürfte sich auf die Ernte ungünstig auswirken. Wie die Hauptverwaltung für Ernährung und Landwirtschaft in der Bizone mittelt, werden die Futtererträge um 45 Prozent geringer als 1946 geschätzt. Um Reduzierungen des Viehbestandes zu verhindern, muß mit entsprechenden Einfuhren von Kraftfuttermitteln zum Herbst gerechnet werden können. Die geschätzten Mindererträge gegenüber 1946 sollen bei Weizen um 15 Prozent, bei Roggen um 5 Prozent, bei Wintergerste um 5 Prozent und bei Sommergerste um 15 Prozent niedriger liegen. Dagegen wird bei Kartoffeln und Zuckerrüben mit einem zehnzehnjährigen Mehrertrag gerechnet.

Die Konferenz von Badenweiler

Die fünfte Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften, zu der in diesen Tagen die Gewerkschaften aller vier Zonen ihre Vertreter nach Südbaden gesendet haben, um die durch die prinzipiell erklärte Aufnahme der deutschen Gewerkschaften in den Weltgewerkschaftsbund geschaffene Lage vom Standpunkt der gesamten deutschen Regierung aus zu beraten, hat ihre Arbeiten begonnen. Hierbei steht an wichtiger Stelle die Bildung des vom Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes geforderten Verbindungsbüros und die Vorbereitung eines gesamtdeutschen Gewerkschaftskongresses auf der Grundlage einer demokratischen Delegiertenvertretung. Dazu kommen Fragen der einheitlichen und geschlossenen innergewerkschaftlichen Organisation und die Aufstellung gemeinsamer Richtlinien im Kampf der deutschen Gewerkschaften gegen die kapitalistischen reaktionären Kräfte, welche den Aufbau einer demokratischen Wirtschaft in Deutschland zu sabotieren versuchen. Voraussetzung dieses Aufbaus sind klare Rechtsgrundlagen für das Tätigwerden der fortschrittlichen gewerkschaftlichen Kräfte in den wirtschaftlichen Körperschaften und in den Betrieben. Darum befaßt sich die Interzonenkonferenz mit der Schaffung eines Arbeits-, Tarif- und Betriebsratsrechts, sowie mit einem einheitlichen Arbeitslosen- und Arbeitsvermittlungsgesetz, deren Grundlinien für das ganze deutsche Wirtschaftsgebiet Geltung erhalten sollen. Nach Abschluß der Arbeiten der seit 4. August tagenden Kommissionen hat die am 6. August begonnene Hauptkonferenz über diese Fragen zu beschließen.

Jede Kräftezersplitterung muß vermieden werden, zumal das kapitalistische Unternehmertum und das Finanzkapital keine Zersplitterung nach weltanschaulichen oder sonstigen Richtungen kennen. Das Ziel dieser Kräfte ist die Restaurierung der Herrschaft des Monopolkapitals und die Wiedererrichtung des „Herr-im-Hause“-Standpunktes der Unternehmer in den Betrieben unter Ausschaltung der Arbeiterinitiative und des Mitbestimmungsrechts der Werktätigen. Dem geschlossenen Willen der Reaktion muß in aller Entschiedenheit die geschlossene Einheit der über sieben Millionen Deutschen Gewerkschafter entgegengesetzt werden. Darum ist jede organisatorische oder geistige Spaltung der Gewerkschaftsbewegung zu vermeiden, weil sie eine große Gefahr für die deutsche Demokratie sein würde. Von diesem Gesichtspunkt aus wird auch ein Teilzusammenschluß der Gewerkschaften in der Bizone entschieden abgelehnt.

Die deutschen Gewerkschafter erwarten von der 5. Interzonenkonferenz, der ersten, die nach der Tagung des Generalsekretärs des Weltgewerkschaftsbundes stattfindet, daß sie den Weg aufzeigt, der zur Schaffung einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsorganisation führt.

UNSER TAG wünscht den deutschen Gewerkschaftern und den Vertretern des Weltgewerkschaftsbundes, daß ihre Beratungen die Gewerkschaftseinheit Deutschlands sichern und damit den demokratischen Wiederaufbau unserer Wirtschaft im Dienst des Weltfriedens fördern werden.

Kohle - Düngemittel - Ernährung

Der Ernährungs- und Landwirtschaftsrat in Stuttgart führt in einem dem amerikanischen Landwirtschaftsminister Anderson überreichten Gutachten aus, daß in der Bizone bei einem Bedarf an Kali, Stickstoff und Phosphorsäure von 1,4 Millionen to zu Düngezwecken und einer derzeitigen Eigenerzeugung von 800 000 to ein Fehlbetrag von 600 000 to wertvollster und unentbehrlicher Düngemittel besteht, der infolge des Kohlenmangels nicht von der deutschen Wirtschaft ausgeglichen werden kann. Die dadurch erforderlichen Importen an Nahrungsmitteln könnten vermieden werden, wenn die Düngemittelindustrie ausreichende Kohlenmengen erzielte. Beispielsweise würden zur Erzeugung von einer Tonne Stickstoff 6 Tonnen Kohle benötigt, so daß zur Deckung des Fehlbetrages von 100 000 to Stickstoff 600 000 to Kohle verbraucht würden. Auf die deutsche Handelsbilanz angewendet, bedeutet dies, daß bei einer Ausfuhr dieser Kohlenmenge 5,4 Millionen Dollar erzielt werden, während die dadurch notwendige Getreideinfuhr Deutschland 105 Millionen Dollar koste, so daß rund 100 Millionen Dollar einzusparen wären. Eine rationelle und einheitliche Planung des deutschen Außenhandels würde somit ein wesentlicher Schritt zum Wiederaufbau sein.

Bergarbeiter und Ruhrkohlenkonferenz

Bochum. In einer Erklärung, die an die Teilnehmer der Ruhrkohlenkonferenz in Washington gerichtet ist, fordert der Industrieverband Bergbau im Namen der Ruhrbergarbeiter die Sozialisierung der Gruben und die Überführung der wirtschaftlichen und sozialen Verfügung in deutsche Hände. Die deutschen Arbeiter würden es als eine Verletzung und Bedrohung ihrer sozialen Rechte betrachten, wenn die Rückgabe der Gruben an ihre privaten Vorbesitzer oder andere kapitalistische Rechtsnachfolger im In- oder Ausland in Betracht gezogen würde. Die Arbeiterschaft fördert die Gleichberechtigung an der wirtschaftlichen Leitung, ohne die die Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung nicht überwunden werden könnten.

Diese entschiedene Forderung auf Mitbestimmung und Ausschaltung der Monopolisten jeder Art ist auch eine klare Antwort auf die reaktionären Tendenzen im bizonalen Wirtschaftsrat, wo die Rechtsparteien als Sprecher ihrer kapitalistischen Auftraggeber jede Forderung auf Vertretung der Organisationen der Werktätigen ablehnten. Wenn — wie hier wieder — die Kampf- und zielbewußte Einheit der Arbeiterklasse von den Werktätigen immer vorangestellt wird, dann gewinnen diese Willenserklärungen für die Arbeiter der deutschen Gewerkschaften auf der 5. Interzonenkonferenz in Badenweiler große Bedeutung.

Bundestag der hessischen Gewerkschaften

Frankfurt. Nachdem der Aufbau der Industriegewerkschaften im Lande Hessen abgeschlossen wurde, soll der Bundestag des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen (FGB) für den 5. und 6. September 1947 in Enkheim einberufen werden. Auf der vorläufigen Tagesordnung steht die Behandlung von Betriebsratsfragen, der Sozialversicherung, der Mitbestimmung der Gewerkschaften und die Erstattung der Geschäftsberichte. Ferner werden die Betriebsratswahlen im Lande Hessen von Mitte August bis Mitte September d. J. stattfinden.

Jugend verlangt 40-Stundenwoche

Nürnberg. Im Hinblick auf die Ernährungslage und den unzureichenden Gesundheitszustand der jugendlichen Arbeiter forderte die Nürnberger Jugend die Einführung der 40-Stundenwoche für Jugendliche unter 18 Jahren, tariflichen Urlaub von drei Wochen und erhöhte Verpflegungssätze bis zum 20. Lebensjahr.

Lörrach - die Pforte am Schicksalsstrom

Eine Plauderei über die Stadt unseres diesjährigen Parteitages

Es war schon Nacht, als ich nach vielen Jahren erstmals wieder über den Tüllinger Berg der Stadt zueilte. Im tiefen Schweigen versank die ganze Welt. Die Lichter erloschen, eines nach dem andern, gleich so, wie die Augen der Menschen, die der Schlaf verschließt. Der Mond kam über den dunkelblauen Himmel, der mit Sternengeflimmer übersät war, heraufgerollt. Immer höher stieg er, wie ein Vogel, den die weißen Flügel durch eine weite, dunkle Wüste tragen. Traumbefangen murmelt der Fluß. Berge und Wälder baden sich im Mondlicht und in den Hekken und Dornen flüstern die nächtlichen Geister. Manchmal knurrt ein Hund auf oder eine Fledermaus, die im nahen Gemäuer ihren Horst hat, flattern mit klappernden Flügeln.

Von einer Kirchuhr schlägt es zwölf Mal, als ich meine alte Herberge, von welcher aus ich vor Zeiten tagtäglich das herrliche Land im Dreiländereck „durchwalzte“, erreichte. Durch das Fenster meines Quartiers übersah ich noch einmal das stille, sich zum Schlummer legende Land. Wer die weite Straße der Verwüstung geschritten ist, sinnt gar oft, selbst in den tiefsten Nächten, über alle die Dinge nach, die Deutschland in den Abgrund hetzten. Und dabei paffte ich eine Zigarette um die andere und vergaß schließlich ganz, wie rar und teuer diese „Sargnägel“ heute geworden sind.

Als ich vor Jahren Lörrach erlebte, bin ich recht heimisch geworden in dieser fleißigen, rührigen Stadt. Wo die Sonne sich mit dem Weine vermählt, lebt sich fröhlicher, freier. Die Menschen sind hier aufgeweckter, lebendiger wie anderswo. Selbst in den Kindern jubeln Rosenblüt und Rebengeist. „Siehst du das ordelg Städtli mit seine Fenstern und Giebele und die Basler Heern dort uf der staubige Strooße, wie sie rüfte und fahre?“ So hat zu seiner Zeit Johann Peter Hebel

über die Stadt sich ausgelassen, die ihm allezeit so sehr ans Herz gewachsen war. Ein biederer Bürger hat mir einmal so manches aus der Geschichte der Stadt erzählt. Von damals, als die Stadt noch klein war, als noch grüner Rasen und fruchtbares Ackerfeld dort lagen, wo heute Häuserkolonnen nach Norden und Süden ziehen und gewaltige Essen ihre Rauchfahnen über die Stadt wehen. Eines Tages sei ein frischer Wind über Lörrach gekommen, die Industrie wuchs aus den stillen Gasen empor, die Köchlin, die Suchards, die Metallwerke und chemischen Anstalten — und noch so viele, viele andere. Schließlich geschah es auch — es war im Jahre 1912 — daß ein munterer „Frosch“, aus dem Süden kommend, von der Lörracher „Lerche“ verschlungen wurde (Lörrach-Stetten). Viele Jahre später verließ ein stattlicher „Hahn“ seinen Harem und vermählte sich feierlich mit dieser „Lerche“, die den „Frosch“ verschlungen. Es war dies Tumringen, draußen am „Mättle“. Im gleichen Jahre kroch eine „Schnecke“ vom Tüllinger Berg gen Lörrach, um nie wieder heimzukehren. So ungefähr lautete die Geschichte, die mir der gute „Molerdöfle“, eben jener biedere Bürger und Künstler über die Vergrößerung Lörrachs einmal erzählt hat. Die Eingemeindungen von Stetten, Tumringen und Tüllingen in die Metropole Lörrach vollzog sich seiner Zeit nicht ganz ohne oft recht unwillige Äußerungen der alten Lokalpatrioten. Das Tempo der Zeit ist jedoch über sie hinweggeglitten.

Reizvoll wächst und lebt heute die Stadt zwischen dem Tüllinger Berg, der „Lücke“ und dem Röttler Schloß auf der einen Seite, und den Dinkelberger Höhen auf der anderen Seite, an den Ufern der Wiese entlang aufwärts in das breite, sonnige, so liebliche Jo-

hann-Peter-Hebel-Land hinein. Eine neue Welt ist aufgezo-gen. Sie hat den Dornröschenschlaf der Altvorden zerstört und mit eisernem Willen sich Raum verschafft, wo immer sie auch Enge, Fesseln und Hindernisse fand.

Es ist eine große und reiche Geschichte, die Lörrach seinen Freunden zu berichten weiß. Sie ist so eigen und wunderbar, wie das Leben der Menschen selbst. Welthandel und Herrenwahn haben auch hier ihre Zepher geführt und manchen schwarzen Tag in die Chronik der Stadt diktiert... die von Rötteln und die von Hochberg-Sausenburg, die Zähringer und die Habsburger, die von Badenweiler und die von Basel. Auch hier war es wie überall, wo Menschen wohnen: die Herrscher und ihre Zuhälter stritten — und die Armen zahlten deren Schulden. Zogen die Kriegerscharen durch das Tal der Wiese, dann hungerten die, die den Krieg nicht gewollt — und die den Krieg gewollt, häuften ihre Beute. Das Volk litt ihretwegen — und schwieg. Wo ein Rebell aufstand, fand er taube Ohren. Wo aber Wahnwitz und Aberglauben ihr Unwesen trieben, da gingen auch die ewig Betrogenen mit. Man tat seine Knixe vor den herrschenden Drohen und vergaß dabei, daß selbst die Bienen ihre Faulpelze und Schmarotzer zum Teufel jagen. Man trug seine Zehnten und Gefälle auf die Röttler Burg und ihre Vogteien, legte seine Zehnten und Gefälle in den Beutel einer weltlich gewordenen nimmersatten Geistlichkeit... frohnte bei Tag, frohnte bei Nacht — und starb, wenn es Zeit war oder wenn man für die Drohen sterben mußte. Derweil vergingen die Jahrhunderte. In ihrem Flusse zerschlugen sie den Tyrannenwahn, das Gottesgnadentum und noch so manchen anderen Götzen, der von der Dummheit der Schaffenden lebte... selbst den blut-

rünstigsten und schimpflichsten aller „Herrscher“, den Narren von Braumau. Den aufgeweckten Geist der Lörracher Arbeiterschaft konnten weder die Fritz Müllerschen SA- und SS-Krakehler, noch die Synagogenstürmer niederbrechen. So mancher aber, der damals mit der Lörracher Feuerwehrspritze die Schweizer Nachbarn „erledigen“ wollte, empfängt heute stillschweigend — aber freudestrahlend — seine „Frebäckle“ von drüben. Hier im Dreiländereck, am Schicksalsbogen des Oberrheins, hat alle Politik ihre eigene Struktur. Man denkt weltfremder.

Drei Völker sind hier Nachbarn. Drei Völker könnten Freunde sein. An all dies und noch so manches andere mußte ich heute denken. Es ist so vieles anders geworden, gerade hier in dieser historischen Ecke. Ein Vorhang ist niedergegangen, der größer und gewaltiger ist als die sichtbaren Stacheldrähte... Der Sperling, der über Zäune und Grenzpfähle hinweg in die Weite fliegt, der Käfer, der unterm Stacheldrat das Ackerfeld wechselt, ist größer als der Mensch. Sperlinge und Mistkäfer* kleben an keinen Grenzpfählen. Nur die Menschen. An den Grenzpfählen und an der Musik der Nationen.

Zur Stunde liegt die Nacht über Deutschland, gleich so, wie die Nacht das stille Tal, die schlummernde Stadt und die träumenden Berge vor meinen Augen in ihre Fittiche genommen hat.

Meine letzte Zigarette ist zur Asche geworden. Mit geballten Fäusten stehe ich schon eine Weile am offenen Fenster. Hinter der Crischna fiel ein Stern vom Himmel... aus den Wolken in die dunkle, schwarze Nacht. Der Stern des sozialistischen Geistes aber wandert über die Erde. Er wird nimmer erlöschen... weder am Tage, noch in der Nacht. Was aus den Wolken fällt, hatte keinen Boden....

Leise schloß ich das Fenster.

Erich Emil Reiser

Antisemitismus - ein gesellschaftliches Problem

Im Berliner „Club der Kulturschaffenden“ wurde über den Antisemitismus diskutiert. Heinz Ullstein, der Inhaber des bekannten Verlagshauses, eröffnete die Diskussion mit bemerkenswerten Ausführungen, denen Erkenntnisse zu Grunde liegen, die auch die Unsrigen sind, ohne daß jedoch vom Referenten daraus die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen wurden. Seiner sozialen Stellung entsprechen seine politischen Ansichten, die in dieser für die Zivilisation und für den Fortschritt so wichtigen Frage zu seiner Lösung führen. Auch bei den Juden sind selbstverständlich die politischen Gegensätze, gemäß ihrer klassenmäßigen Bindungen vorhanden: kapitalistische Bestrebungen stehen neben den sozialistischen, man findet fortschrittliches Wollen neben reaktionärer ja faschistisch-terroristischer Haltung.

Wenn wir heute einen durchaus westlich-kapitalistisch orientierten Juden zu Wort kommen lassen, so deshalb, weil es uns bezeichnend erscheint, wie sich ein Mensch selbst in einer dem persönlichen Schicksal bedeutenden Sache, auf Grund seiner gesellschaftlichen Stellung, trotz richtiger Erkenntnisse, den einzig möglichen Konsequenzen verschließt.

Ich habe die Ehre, über ein Thema vor Ihnen zu sprechen, über das schon viel geschrieben und gesprochen worden ist: über Probleme des Antisemitismus. Und nun soll heute wieder eine allgemeine Diskussion stattfinden. Ich denke, die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus kann nur dann einen Sinn haben, wenn wenigstens der Versuch gemacht wird, die Frage zu untersuchen, ob er aus der Welt geschafft werden kann oder nicht.

Und nun bitte ich Sie, lassen Sie mich über mein Thema nüchtern, sachlich, ja kalt sprechen. Lassen Sie es mich ganz realpolitisch betrachten, ohne Betonung des Gefühlsmäßigen, vor allen Dingen aber lassen Sie mich rückhaltlos offen zu Ihnen sprechen und auch ohne nur einen Anflug von Sentimentalität.

Ich werde gar nicht auf den Nationalsozialismus eingehen. Ihn im besten Falle gelegentlich erwähnen, wo es sich von selbst ergibt. Die Greuel, die diese Leute an den Juden begangen haben, stehen denen an Bürgern anderer Völker begangenen nicht nach. Nicht zu vergessen die Schandtaten, die sie an den eigenen Landsleuten begingen. Das alles zusammen gehört unter das Kapitel Verbrechen. Der Antisemitismus ist keine Erfindung der Nationalsozialisten. Er ist auch keine nur deutsche Angelegenheit. Er ist eine internationale Angelegenheit.

Die mir gemäße Art der Einordnung der Juden in das allgemeine Weltgetriebe entspricht wohl der bolschewistischen Auffassung. In Sowjetrußland verlangt man von den Bürgern, daß sie gute Bürger ihres Staates seien, ohne sich für die Frage zu interessieren, ob einer Jude ist oder nicht.

Nun werden Sie vielleicht einwenden, das sei letzten Endes in den westlichen Demokratien auch der Fall. Und damit haben Sie recht, soweit es sich auf eine rein politische Einstellung des Staates und eine rein politische Einstellung der nichtjüdischen Bürger dieses Staates zu den jüdischen Bürgern dieses Staates handelt. Politische Auswirkungen des Antisemitismus sind auch dort unbekannt oder wirkungslos. Aber in diesen Staaten herrscht noch die alte, überkommene Gesellschaftsordnung, und somit gibt es dort auch Antisemitismus. Denn ich behaupte, daß der Antisemitismus eine Angelegenheit ist, die mit Rassenhaß am allerwenigsten zu tun hat, sondern eine gesellschaftliche Erscheinung. Daß durch Sturz dieser alten Gesellschaftsordnung der Antisemitismus aus der Welt geschafft werden würde, steht für mich über allem Zweifel. In einer kommunistischen Ordnung der Welt würde der Antisemitismus aussterben. Langsam aussterben. Aber aussterben. Und mit dieser Lösung des Problems könnte ich mich sehr befriedigt einverstanden erklären, wenn ich mich zu dieser Ordnung der Welt bekennen würde. Das tue ich aber nicht. Ich richte meinen Blick gen Westen, muß mich also mit dem antisemitischen Problem in der anderen Welt befassen, die auf ihre Weise bemüht ist, das Elend dieser Erde zu bessern.

In den nach der alten Weltordnung lebenden Staaten hat also der Antisemitismus wenig mit rassistischen Fragen zu tun. Da handelt es sich, sehr kurz gesagt, um folgendes: Eine von irgendwo aus der Fremde kommende Menschengruppe will aufsteigen. Und eine alteingesessene Menschengruppe hat ein Interesse daran, das zu verhindern. Und so kommt es, daß gerade der Mittelstand, denn das ist der Stand mit der stärksten Gier nach gesellschaftlicher Bevorzugung und Geltung, die meisten und erbittertesten Antisemiten stellt. Und überlegen Sie sich, bitte, bei welchen Menschen sie den Antisemitismus so gut wie gar nicht antreffen: bei den Leuten, die große Leistungen vollbracht haben und überzeugt sind, ihre Erfolge nur ihrem Können zu verdanken und kein Interesse daran haben zu behaupten, andere hätten sich ihnen

in den Weg gestellt. Dann finden Sie ihn nicht bei Menschen ohne Machtansprüche.

Ursprünglich wird das Vorurteil, das man den Juden entgegenbrachte, sich kaum von dem unterschieden haben, das man fahrenden Komödianten oder Zigeunern entgegenbrachte. Es gehörten alle diese Leute, Komödianten, Zigeunern und Juden wohl einer fremden, ein wenig seltsamen Welt an. Hier manifestierte sich eine bürgerliche allgemeine Ablehnung gegenüber einer seltsamen und fremden Welt. Mit rassistischen Fragen im Sinne der Empörung des einen Blutes gegen das andere hatte das nichts zu tun. Und ich lasse mir auch nicht einreden, daß es so etwas überhaupt gibt. Gewiß bestehen rassistische Unterschiede. Ich weiß nicht, ob es wahr ist, daß Neger einen besonderen Geruch

Elisabeth Langgässer:

Das Straßenschild

Die drei Männer kamen mit ihrem Schild und einem hölzernen Pfosten, auf den es genagelt werden sollte, zu dem Eingang der Ortschaft, die hoch in den Bergen an der letzten Paßkehr lag. Es war ein heißer Spätsommerstag, die Schneegrenze hatte sich schon hinauf zu den Gletscherwänden gezogen. Überall standen die Wiesen wieder in Saft und Kraft: die Wuchelblume verschwendete sich, der Löwenzahn stritzte und blähte sein Haupt über den milchigen Stengeln, Trollblumen, welche wie eingefettet mit gelber Sahne waren, platzten vor Glück, und in strahlenden kleublütigen Enzianen spiegelte sich ein Himmel von unwahrscheinlichem Blau. Auch die Häuser und Gasthöfe waren wie neu: ihre Fensterläden frisch angestrichen, die Schindeldächer gut ausgebessert, die Scherenzäune ergänzt. Ein Atemzug noch: dann würden die Fremden, die Sommergäste kommen — die Lehreren, die mutigen Sachsen, die Kinderreichen, die Alpinisten, aber vor allem die Autobesitzer in ihren großen Wagen... Röhr und Mercedes, Fiat und Opel, blitzend von Chrom und Glas. Das Geld würde anrollen. Alles war darauf vorbereitet. Ein Schild kam zum andern, die Haarnadelkurve zu dem Totenkopf, Kilometer-schilder und Schilder für Fußgänger: zwei Minuten zum Café Alpenrose.

An der Stelle, wo die Männer den Pfosten in die Erde einrammen wollten, stand ein Holzkreuz, über dem Kopf des Christus war auch ein Schild angebracht. Seine Inschrift war bis heute die gleiche, wie sie Pilatus entworfen hatte: I.N.R.I. — die Enttäuschung darüber, daß es im Grund hätte heißen sollen: er behauptet nur, dieser König zu sein, hatte im Lauf der Jahrhunderte an Heftigkeit eingebüßt. Die beiden Männer, welche den Pfosten, das Schild und die große Schaufel, um den Pfosten in die Erde zu graben, auf ihren Schultern trugen, setzten alles unter dem Wegekreuz ab; der dritte stellte den Werkzeugkasten, Hammer, Zange und Nägel, daneben und spuckte ermunternd aus.

Nur beratschlagten die drei Männer, an welcher Stelle die Inschrift des Schildes am besten zur Geltung käme; sie sollte für alle, welche das Dorf auf dem breiten Fahrweg betreten, besser befehlen, als Blickfang dienen und nicht zu verfehlen sein. Man kam also überein, das Schild kurz vor dem Wegekreuz anzubringen, gewissermaßen als Gruß, den die Ortschaft jedem Fremden entgegenschickte. Leider stellte sich aber heraus, daß der Pfosten dann in den Pflasterbelag einer Tankstelle hätte gesetzt werden müssen — eine Sache, die sich von selbst verbot. Die Männer schlepten also den Pfosten noch ein Stück weiter hinaus bis zu der Gemeindegasse und wollten schon mit der Arbeit beginnen, als ihnen auffiel, daß diese Stelle bereits zu weit von dem Ortschaftsschild entfernt war, das den Namen angab und die Gemeinde, zu welcher der Flecken gehörte. Wenn also das Dorf den Vorzug dieses Schildes und seiner In-

schrift für sich beanspruchen wollte, mußte das Schild wieder näher rücken — am besten gerade dem Kreuz gegenüber, sodaß Wagen und Fußgänger zwischen beiden hätten passieren müssen. Dieser Vorschlag, von dem Mann mit den Nägeln und dem Hammer gemacht, fand Beifall. Die beiden luden von neuem den Pfosten auf ihre Schultern und schlepten ihn vor das Kreuz. Nun sollte also das Schild mit der Inschrift zu dem Wegekreuz senkrecht stehen, doch zeigte es sich, daß die uralte Buche, welche gerade hier ihre Aeste mit riesiger Spanne nach beiden Seiten wie eine Mantelmadonna ihren Umhang entfaltet, die Inschrift im Sommer verdeckt und ihr Schattenspiel deren Bedeutung verwischt, aber mindestens abgeschwächt hätte.

Es blieb daher nur noch die andere Seite neben dem Herrenkreuz, und da die erste, die

schrieb für sich beanspruchen wollte, mußte das Schild wieder näher rücken — am besten gerade dem Kreuz gegenüber, sodaß Wagen und Fußgänger zwischen beiden hätten passieren müssen. Dieser Vorschlag, von dem Mann mit den Nägeln und dem Hammer gemacht, fand Beifall. Die beiden luden von neuem den Pfosten auf ihre Schultern und schlepten ihn vor das Kreuz. Nun sollte also das Schild mit der Inschrift zu dem Wegekreuz senkrecht stehen, doch zeigte es sich, daß die uralte Buche, welche gerade hier ihre Aeste mit riesiger Spanne nach beiden Seiten wie eine Mantelmadonna ihren Umhang entfaltet, die Inschrift im Sommer verdeckt und ihr Schattenspiel deren Bedeutung verwischt, aber mindestens abgeschwächt hätte.

Es blieb daher nur noch die andere Seite neben dem Herrenkreuz, und da die erste, die

schrieb für sich beanspruchen wollte, mußte das Schild wieder näher rücken — am besten gerade dem Kreuz gegenüber, sodaß Wagen und Fußgänger zwischen beiden hätten passieren müssen. Dieser Vorschlag, von dem Mann mit den Nägeln und dem Hammer gemacht, fand Beifall. Die beiden luden von neuem den Pfosten auf ihre Schultern und schlepten ihn vor das Kreuz. Nun sollte also das Schild mit der Inschrift zu dem Wegekreuz senkrecht stehen, doch zeigte es sich, daß die uralte Buche, welche gerade hier ihre Aeste mit riesiger Spanne nach beiden Seiten wie eine Mantelmadonna ihren Umhang entfaltet, die Inschrift im Sommer verdeckt und ihr Schattenspiel deren Bedeutung verwischt, aber mindestens abgeschwächt hätte.

Es blieb daher nur noch die andere Seite neben dem Herrenkreuz, und da die erste, die



Zeichnung: Kunze

in das Pflaster der Tankstelle übergang, gewissermaßen den Platz des Schächers zur Linken bezeichnet hätte, wurde jetzt der Platz zu der Rechten gewählt und endgültig beibehalten. Zwei Männer hoben die Erde aus, der dritte nagelte rasch das Schild mit wichtigen Schlägen auf; dann stellten sie den Pfosten gemeinsam in die Grube und raminten ihn rings von allen Seiten mit größeren Feldsteinen ein.

Ihre Tätigkeit blieb nicht unbeachtet. Schulkinder machten sich gegenseitig die Ehre streitig, dabei zu helfen, den Hammer, die Nägel hinzureichen und passende Steine zu suchen; auch einige Frauen blieben stehen, um die Inschrift genau zu studieren. Zwei Nonnen, welche die Blumen vase zu Füßen des Kreuzes aus neue füllten, blickten einander unsicher an, bevor sie weitergingen. Bei den Männern, die von der Holzarbeit oder vom Acker kamen, war die Wirkung verschieden: einige lachten, andere schüttelten nur den Kopf, ohne etwas zu sagen; die Mehrzahl blieb davon unberührt und gab weder Beifall, noch Ablehnung kund, sondern war gleichgültig, wie sich die Sache auch immer entwickeln würde. Im ganzen genommen, konnten die Männer mit der Wirkung zufrieden sein: der Pfosten, kerzengerade, trug das Schild mit der weithin sichtbaren Inschrift, die Nachmittagssonne glitt wie ein Finger über die großen Buchstaben hin und fuhr jeden einzelnen langsam nach wie den Richtspruch auf einer Tafel.

Auch der sterbende Christus, dessen blaßes, blutüberrennes Haupt im Tod nach der rechten Seite geneigt war, schien sich mit letzter Kraft zu bemühen, die Inschrift aufzunehmen: man merkte, sie ging ihn gleichfalls an, welcher bisher von den Leuten als einer der ihren betrachtet und wohl gelitten war. Unerbittlich und dauerhaft wie sein Leiden, würde sie ihm nun für lange Zeit schwarz auf weiß gegenüberstehen.

Als die Männer den Kreuzigungsort verließen und ihr Handwerkszeug wieder zusammenpackten, blickten alle drei noch einmal befriedigt zu dem Schild mit der Inschrift auf. Sie lautete: „In diesem Ort sind Juden unerwünscht.“

Teil ihrer Führer Juden waren. Auf diese Tatsache komme ich gleich noch einmal zurück.

Nämlich: die Juden, die zu den oberen Zehntausend gehörten, hatten trotz aller Anerkennung, die ihnen die Kraft des Goldes verschaffte, immer wieder gesellschaftliche Schwierigkeiten. Die Nichtjuden, die da ganz oben saßen, nahmen sie wohl auf, aber im Anfang nicht immer willig.

Damit glaube ich mich aber zu der Behauptung berechtigt, daß der Kampf der Juden, auch der Kampf der wohlhabenden Juden gegen den Antisemitismus, immer klassenkämpferischen Charakter hatte. Und damit erklärt sich auch unter anderem die große Anzahl freiwillig eingestellter und zum Teil auch fanatischer Kämpfer gegen die bestehende Gesellschaftsordnung unter den Juden. Und so kam es, daß die Arbeiterschaft Freunde und Führer unter den Juden fand, die wußten, was es bedeutet, wegen niedriger sozialer Abkunft als Menschen minderen Rechtes angesehen und behandelt zu werden.

Und auch die heute noch vorhandenen antisemitischen Strömungen in den angelsächsischen Ländern sind ausschließlich gesellschaftlicher Art. Sie finden in Amerika Clubs, die keine Juden aufnehmen, Seebäder, die judenfrei bleiben wollen, und es gibt Familien, die auf jeden Verkehr mit Juden verzichten, es mag sich handeln, um wen immer es will.

Solange diese Gesellschaftsordnung besteht, wird auch der Antisemitismus weiterbestehen. Es sei denn, er wird auf andere Weise unschädlich gemacht. An irgendwelche Mittel, dieses Ziel zu erreichen, glaube ich nicht, solange es noch Juden gibt. So bleibt also dem Judentum nur der Weg, sich durch völlige Assimilierung selber zu vernichten. Dieser Weg kann nur bewußt und konsequent gegangen werden. Aber er wird nie gegangen werden. Ich glaube, daß mindestens 95 Prozent der Juden ihn ablehnen. Ich selbst aber gehe ihn. Bewußt als Jude und fest entschlossen, und im Gefühl des Erfüllens einer Pflicht gegen mich und meine Deszendenten. Aber ich betrachte den Standpunkt anders Gesinnter mit Ehrerbietung. Aber ohne Sympathie.

Lehnt man den Weg, den ich zu gehen entschlossen bin, ab, so ist das Mittel, die Waffe des Antisemitismus im Kampf gegen die Juden abzustumpfen, eine allgemeine Biederung der Welt. Antisemitismus und Krieg sind beides: scheußliche Erfindungen der menschlichen Roheit und Grausamkeit. Kein Zufall, daß einer der wenigen politischen Amerikaner, der bis jetzt den schwachen Versuch unternommen hat, den Antisemitismus auch in die Politik hineinzufügen, derselbe ist, der kürzlich den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland gefordert hat. Die Ausräumung solcher Forderungen und die Vertretung antisemitischer Tendenzen setzen wahrlich dieselbe Geisteshaltung voraus.

KULTUR-NOTIZEN

Der Literatur-Nobelpreis 1947 wurde einstimmig der norwegischen Schriftstellerin Maria Brekker für ihr Buch „Mutter Maria“ zugesprochen. Die Schriftstellerin hat während des Krieges in Schweden das Buch „Ich bin eine norwegische Frau“ geschrieben und unter einem Decknamen herausgegeben, um der Gestapo nicht die Möglichkeit zu geben, Verfolgungsmaßnahmen gegen ihre Verwandten in Norwegen zu ergreifen. Preisrätlerin ist 28 Jahre alt.

„Der Totenwald“, das Buch, in dem Ernst Wiechert seine Erlebnisse im Konzentrationslager Buchenwald schildert, wird unter dem Titel „Les bois des morts“ in Paris (Librairie Universelle de France) in französischer Übersetzung erscheinen.

Neue Ro-Rö-Romane. In der Reihe der Rowohlts-Rotationsromane sind jetzt William Faulkners „Nicht im August“ und Ernst Kreuders „Die Unaufwindbaren“ erschienen. Rowohlts, der zur Zeit in Hamburg und Stuttgart seinen Sitz hat, wird demnächst auch in Berlin eine Zweigstelle seines Verlages eröffnen.

Einen Literaturpreis in Höhe von 2000 M schreibt die Zeitschrift „Lancelot“ für den Roman aus, der gleichzeitig im Lancelot-Verlag und in französischer Übersetzung erscheinen wird. Einsendungen bis zum 3. Oktober 1947 an die Redaktion des Lancelot-Verlages, Baden-Baden.

Ein Schauspielpreis im Werte von 3000 M wurde von der Stadt Gera für das beste abendfüllende Sprechstück, ernst oder heiteren Inhalts geschrieben. Alle Einsendungen an das Kulturamt der Stadt Gera bis zum 31. Dezember 1947.

Der deutsch-französischen Verständigung soll eine von dem Dichter Rudolf Leonard angeregte deutsch-französische Kommission dienen, die von einer französischen Widerstandsbewegung getragen wird. Es ist ein Produktionsaustausch vorgesehen. Mit der Definition „Patriotismus bedeutet das Verantwortungsgefühl für das Land, in dem man geboren ist“, will der Dichter nach 20-jährigem Aufenthalt in Frankreich erneut ein Bekenntnis zu Deutschland ablegen.

„Vorfaschistisches Exil“, nennt sich eine Auswahl aus den Werken Franz Kafkas, die in New York erschienen ist. Franz Kafka, der aus Prag stammte, ist im Ausland und vor allem in Frankreich der meistgelesene deutsche Dichter der ersten Nachkriegsgeneration.

Michail Scholochow, der Verfasser des großartigen Kosakenromanes „Der stille Don“, schrieb ein neues Buch, das den Verteidigungskrieg der SU zum Thema hat unter dem Titel „Sie kämpften fürs Vaterland“.

Der Verständigung auf der Schulbank dient eine deutsche Schule, die in Bad Pyrmont eingerichtet wurde, und in der Kinder verschiedener Nationen erzogen werden sollen.

Arno Brekers Kolossalstatuen, die in der Nazizeit als „künstlerische Großtaten“ gefeiert wurden und auch in Paris zur Aufstellung gelangten, sind jetzt dort zur Versteigerung gelangt. Die meisten Werke wurden von einem Abbruchunternehmen erworben.

Neue Bücher im Rotationsdruck bringt nun der Suhrkamp-Verlag Frankfurt heraus. Angekündigt sind: Thomas Mann: „Josef der Ernährer“, Franz Werfel: „Das Lied der Bernadette“, Wendel Willkie: „Unheilbare Welt“, Ernest Hemingway: „Wem die Stunde schlägt“, Stefan Zweig: „Sturmstunden der Menschheit“.

Feuilleton-Redaktion: Dr. Walter Kunze, Freiburg-Littenweiler, Eichbergstraße 35, Tel. 2809

Verlag des lebendigen Theaters

Der Verlag Bruno Henschel u. Sohn beabsichtigt, die europäische Dramatik dem deutschen Theaterpublikum zu erschließen. Er wird einem großen deutschen Leserkreis deutsche Dramen zugänglich machen, die künstlerisch durch ihre Gestaltungskraft hervorstechen und weltanschaulich im fortschrittlichen Sinne richtungweisend sind. Da uns Deutschen die bedeutenden Erscheinungen des Auslandes während der letzten anderthalb Jahrzehnte nicht zugänglich waren, erscheint dem Verlag die Berücksichtigung auch solcher Werke in deutscher Sprache besonders notwendig.

Die Veröffentlichungen werden in einzelnen in sich abgeschlossenen Reihen erscheinen. Die innerhalb einer solchen Reihe erscheinenden Bücher sollen selbständig nebeneinanderstehen. Eine erste Reihe „Internationaler Dramatik“ wird Dramen in Buchform bringen, die zu den Hauptwerken der dramatischen Literatur des Auslandes gehören, sowie deutsche dramatische Dichtung der Gegenwart, die dem gesellschaftlich-positiven Fortschritt dient. Erschienen oder in Druck sind zunächst Werke von Konstantin Simonow, Nordahl Grieg, Jean Richard Bloch, Stefan Brodwin, Samuel Marschak, Gustav v. Wangenheim.

Eine zweite Reihe wird theatergeschichtlich bedeutungsvollen Werken, Memoiren und Biographien wegweisender Persönlichkeiten der Vergangenheit und Gegenwart gewidmet sein. Geplant sind zunächst Erinnerungen von Goldoni, Antoine und Tschernischewsky sowie ein Hans-Otto-Gedenkbuch von A. Kuckhoff. Dem Schaffen wird die deutsche Veröffentlichung des Buches von I. Martinoff Wege zum Verständnis erschließen.

Eine dritte Reihe wird eine Auswahl aus der ästhetisch-kritischen Theaterliteratur bieten: Aus-

wahlen aus den dramaturgischen Schriften der dramatischen Klassiker des In- und Auslands und Neuausgaben wichtiger theaterwissenschaftlicher Werke, die von bleibendem Wert sind, sind in Vorbereitung.

Eine vierte Reihe soll die großen Praktiker des Theaters wie Reinhardt, Stanislawski, Tairoff, Piccator, Jouvet, Craig zu Worte kommen lassen und sich mit den registrischen Problemen des Theaters beschäftigen.

Die Reihe der Bildwerke wird als Ergänzung eine lebendige Anschauung von den Bühnen des In- und Auslands vermitteln. Geplant sind Sammelbände von Bühnenbildern, Kostümen und Figuren. Als besondere Publikation erscheinen zwei Bände: Marx-Engels-Literatur und Kunst kritische Auszüge aus dem Gesamtwerk über literarisch-ästhetische Probleme, sowie ein Sammelband Schiller-Goethe, Äußerungen zu Fragen des Theaters und des Dramas.

In einer besonderen Abteilung des Buchverlages erscheinen die Veröffentlichungen des Bundes deutscher Volkstheater. Beabsichtigt sind eine Monatszeitschrift im Auftrag und unter der Redaktion des Bundes sowie zunächst der Abdruck des Protokolls über die Gründung des Bundes deutscher Volkstheater und der auf dieser Tagung gehaltenen Reden von Dr. Friedrich Wolf und Dr. Erwin Reiche.

Der Verlag wird im weiten Maße jene Literatur berücksichtigen, die für das lebendige Theater der Gegenwart und der Vergangenheit und für die Entwicklung des Theaters und seiner Wissenschaft in fortschrittlichem Sinne bedeutungsvoll war und sein wird.

Helft den Kranken!

Freiburg. Die Verwaltung der Klin.-Univ.-Anstalten Freiburg ersucht um Bekanntgabe nachfolgender Notiz:

„Die Klin.-Univ.-Anstalten suchen für die Reinigungsarbeiten in der neuen Chirurgischen Univ.-Klinik für die Dauer von etwa sechs Wochen eine größere Anzahl Reinigungsfrauen bei gutem Lohn und freiem Mittagessen, Meldung Escholstr. 90, Personalabteilung.“

Dazu wird uns geschrieben: Die Frauengruppe der Kommunistischen Partei hat in dieser Angelegenheit die Initiative ergriffen, um die Genossinnen dafür zu mobilisieren. Diese Sache wäre aber auch ein guter Anlaß für den Demokratischen Frauenbund Freiburg, sich einzusetzen. Es ist allerdings noch nichts darüber bekannt, ob derlei bereits genehmigt ist oder nicht. Jedenfalls wollen wir hierdurch seinem Prov. Komitee den Vorschlag unterbreiten, sich der Sache anzunehmen. Auch die Jugendorganisationen könnten sich hierbei beteiligen, um möglichst breite Kreise in diese Aktion miteinzubeziehen. Die Arbeit besteht in dem Aufwaschen der reparierten, bereits vom größten Dreck befreiten Räumlichkeiten. Diejenigen, die mitarbeiten, erhalten ein Mittagessen ebenso etwas für die entstehenden „trockenen Kehlen“. Die Arbeitszeit wird selbstverständlich bezahlt.

Schalten sich entsprechend unserem Vorschlag die genannten Organisationen baldmöglichst tatkräftig ein, so wird das Gelingen, was uns allen am Herzen liegt: Mit Unterstützung unserer Bevölkerung die neue Klinik auf dem schnellsten Wege wieder ihrem Zwecke zuführen, um damit den vielen Kranken und darüber hinaus auch den Gesunden zu helfen, und bei kommenden ähnlichen Gelegenheiten wird es möglich sein, sich entsprechend rasch einschalten zu können.

Hilfe für Fliegergeschädigte

Freiburg. Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters hat der Stadtrat eine Million Mark für Fliegergeschädigte zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag soll an solche Fliegergeschädigte aufgeteilt werden, welche unter Berücksichtigung der bis jetzt erfolgten Neuanschaffungen in eine gewisse finanzielle Notlage geraten sind.

Geldzuwendungen aus Spendemitteln können erhalten; Ehepaare mit einem Einkommen bis 300 Mark monatlich. Für jedes Kind ohne Einkommen 50 Mk. Alleinstehende mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 220 Mk. Voraussetzung ist, daß die Antragsteller keinerlei Vermögen über 2000 Mk. besitzen.

Zur Auszahlung sind quittierte Rechnungen einzureichen, auf welche dann nach festgesetzten Richtsätzen Beihilfen gewährt werden. Um eine einheitliche Unterstützung durchführen zu können, sind Richtsätze für Möbel und Einrichtungsgegen-

Zum Parteitag in Lörrach

Achtung: Delegierte und Gast-Delegierte!

Der Quartiernachweis befindet sich gegenüber dem Bahnhof Lörrach in dem durch Plakatschlag gekennzeichneten Laden

KP, Stadt- und Landkreis Lörrach

stände festgelegt. Der Antragsteller ermächtigt die Hilfsstelle laut Antragsformular, Nachfragen über Bankguthaben vorzunehmen. Die bis jetzt gemachten Erfahrungen rechtfertigen diese Nachprüfungen. Unwahre Angaben werden durch Entzug des Nothilfe-Ausweises auf eine bestimmte Zeit bestraft. Es ist unmöglich, eine allgemeine Unterstützung durchzuführen, da der zur Verfügung stehende Betrag, zuzüglich der weiter eingehenden Spenden, zu gering ist. Die zur Auszahlung vorgemerkten Beträge werden einem Arbeitsausschuß, gebildet aus Stadträten, zur Genehmigung vorgelegt.

Wer als Fliegergeschädigter auf Barbeihilfe verzichtet, wird selbstverständlich genau so wie vorgenannte Antragsteller durch die Hilfsstelle (Wirtschaftsamt B) betreut. Er hat ebenfalls einen Betreuungsantrag einzureichen. In diesem Falle sind Angaben über Einkommen und Vermögensverhältnisse nicht erforderlich.

Alle eingehenden Anträge werden durch den Außendienst überprüft, um klarzustellen, ob der Antragsteller wirklich die angegebenen Gegenstände benötigt. Die Überprüfung erfolgt nicht kleinlich. Allerdings ist die Hilfsstelle auf ehrliche Angaben der Antragsteller angewiesen.

„Getrocknete“ Fische

Eichstetten. „Fisch will schwimmen“. Das stimmt. Aber wann will er schwimmen? Nun, jedenfalls solange er lebt. Froh ist man aber auch dann, wenn man ihn nach einer feinen Fischmahlzeit nochmals im Magen durch ein Glas Bier oder ein Viertele schwimmen lassen kann.

Doch gar nicht erfreut ist der Normalverbraucher in Eichstetten, der wie alle Normalverbraucher auf dem Lande sich nicht rühmen kann, Liebkind des Ernährungsamtes zu sein, wenn er die Klippfische, die in getrocknetem Zustande geliefert werden, vom Geschäftsmann schon gewässert erhält. Während er sein tropfendes Paketchen heimträgt, überlegt er folgendes:

1. Warum werden in Freiburg Klippfische in getrocknetem Zustande ausgegeben und können also zubereitet werden, wie und wann man will?

2. Durch Aufquellen mit Wasser wird das Gewicht des Fisches doch bedeutend größer. Der Verkauf eines größeren Gewichts ergibt doch auch einen größeren Profit. Ist das Wasser, das hier mitgewogen wird, wirklich so teuer?

3. Da das Gesamtgewicht der Fische durch Wässern erheblich zunimmt, muß doch logischerweise auch ein Teil übrigbleiben. Nach welchem Schlüssel oder an wen wird dieser Rest verkauft?

Oder sollte Verschiedenes doch stimmen, was hier boshafte Menschen tuscheln? Dann wird es wohl nicht mehr lange beim Tuscheln bleiben. Fisch will schwimmen — aber immer zu seiner Zeit!

Vom Ernährungskommissariat würden wir gerne erfahren, ob die Händler berechtigt wurden, die Fische zu wässern.

Milde Strafen für Synagogenschänder

Staatsanwalt beantragte Zuchthaus, das Gericht sprach frei

Lörrach. Die Strafkammer Freiburg verhandelte in diesen Tagen unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Pfeifer gegen zwölf Nazis, die beschuldigt wurden, sich an der am 10. November 1938 erfolgten Schändung, Beraubung und Verwüstung der Lörracher Synagoge beteiligt zu haben. Nach durchgeführter Verhandlung, die ein abschreckendes Bild von den damaligen Geschehnissen entrollte, bezeichnete Oberstaatsanwalt Röderer in seinem Plädoyer den ehemaligen Kreisleiter Reinhard Boos als den Hauptschuldigen, der sich zwar bei der Zerstörung der Synagoge nicht habe blicken lassen, der aber im Hintergrunde die Fäden der Aktion gelenkt habe. Er beantragte daher gegen Boos eine Zuchthausstrafe von drei Jahren. Ebenfalls Zuchthausstrafen von je zwei Jahren Dauer, beantragte er gegen die Angeklagten Glünkin, Gräiner und Wauer, sowie für weitere sieben Angeklagte Gefängnisstrafen.

Das Urteil bildete eine peinliche Ueberraschung; aber nicht etwa für die Angeklagten. Boos und Gräiner wurden freigesprochen, ebenso drei weitere Angeklagte. Glünkin erhielt zwei Jahre sechs Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, Wauer ein Jahr, sechs Monate Gefängnis und ein Jahr Ehrverlust. Fünf Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen zwischen neun und zwei Monaten verurteilt.

Zwischen der Auffassung, die der Vertreter der Anklagebehörde von der Schuld dieser Verbrecher hatte, und der Beurteilung durch die

Strafkammer des Herrn Pfeifer klafft also ein erstaunlicher Unterschied. In der Urteilsbegründung wurde zwar festgestellt, daß es sich um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehandelt habe, und es wurde einiges von Grausamkeit und Unmenschlichkeit gegenüber den Juden geredet; die praktischen Folgerungen, die das Gericht zog, entsprachen aber dieser Einsicht keineswegs. Die Zuhörer nahmen das unverständliche Urteil mit Empörung auf und sparten nicht mit berechtigten Mißfallenskundgebungen. Mit Erstaunen muß man die Tatsache verzeichnen, daß die begrüßenswerten Absichten der Staatsanwaltschaft, für Taten, die eine Schande für unser Volk bedeuten, eine entsprechende Sühne herbeizuführen, an einer aufs Schärfste zu kritisierenden Einstellung von Richtern scheitern, die offenbar fehl an ihrem Platze sind. Es ist zu fordern, daß das Justizministerium eingreift und mit eisernem Besen ausfegt, was als Richter für eine saubere Justiz untragbar ist.

Kann dieser Mann Polizist sein?

Offenburg. Vor dem Amtsgericht Offenburg fand vor einiger Zeit eine Verhandlung statt, deren Ergebnis nicht unwidersprochen bleiben kann. Es handelte sich darum, daß der Vorsitzende der KP Ortsgruppe Oberkirch, unser Genosse Ritter, in einem persönlichen Schreiben an den Kreisvorsitzenden der KP Offenburg diesen gebeten hatte, sich mit der Person eines im Dritten Reich als Hilfspolizist amtierenden Hermann Jünge zu befassen. Die Einreihung dieses Mannes in den Polizeidienst des neuen, d. h. demokratischen und antifaschistischen, Staates erschien Ritter im Hinblick auf die Vergangenheit Jünge unvereinbar mit den Grundsätzen, nach denen die Behörden unseres neuen Staates aufgebaut und zusammengesetzt sein müssen. Um in diesem, zweifellos berechtigten, antifaschistischen Sinne zu wirken, ersuchte er seinen Kreisvorsitzenden um Mitarbeit.

Dieser rein private Brief gelangte auf ungeklärte Weise in die Hände des Offenburger Landratsamtes und wurde in der Folge zur Grundlage einer Klage des Jünge, die schließlich mit einer Verurteilung Ritters endete. Es erhebt sich nun die Frage: Wie ist dieser Brief in die Hände des Landratsamtes gelangt, und wie konnte er seinem rechtmäßigen Adressaten — der dem Landratsamt sehr wohl bekannt war — vorenthalten werden? Auf jeden Fall berührt es überaus eigenartig, daß ein solcher Privatbrief dazu erhalten mußte, eine strafrechtliche Aktion gegen einen Antifaschisten zugunsten eines Mannes von der Vergangenheit des Hermann Jünge einzuleiten.

Ritter befand sich in der Verhandlung in einer prozessual etwas mißlichen Lage: Der bewusste Brief war niemals für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen; die Charakterisierung, die dem Jünge zuteil geworden war, war demzufolge nicht mit jener Behutsamkeit formuliert worden, wie sie im Hinblick auf ein Gerichtsverfahren gewählt worden wäre. Das wirkte sich vor einem Gericht, das den Paragraphen über den Geist des Gesetzes zu stellen gewillt war, gegen den „Beleidiger“ aus; so kam ein Urteil zustande, das formal sehr schön zurechtgedreht sein mochte, das aber zweifellos in der Sache ein Unrecht bedeutete.

Wir haben jener Verhandlung, beigewohnt, und

Das „verbriefte Recht“

„Ich wiederhole hiermit, daß ich aus gesundheitlichen Gründen zumehr endgültig meine Tätigkeit als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses ablehnen muß, sonst wäre ich schließlich gezwungen, nachdem meine Ernennung ohne meine Einwilligung und Zutun veröffentlicht worden ist, ebenso die Öffentlichkeit anzurufen. Ich müßte auch auf die Verfassung verweisen und schließlich den Staatsgerichtshof anrufen, um zu meinem verbrieften Recht als Staatsbürger zu kommen.“

Das schreibt ein Vorsitzender eines Untersuchungsausschusses als Berufsjurist an die Mitglieder des Ausschusses. Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht über die Rechte, Pflichten und Befugnisse der Verfassung oder des Staatsgerichtshofes diskutieren. Diese Aufgabe kann uns nicht zufallen, denn bekanntlich lehnt die Kommunistische Partei das formal-juristische Herangehen an die politische Säuberung prinzipiell ab und forderte auch beim Inkrafttreten des Säuberungsgesetzes statt Berufsjuristen antifaschistische Laienrichter aus dem Volk. Die Richtigkeit dieser Forderung wird durch obiges Schreiben lediglich bekräftigt. Genau so wird mit diesem Schreiben die Forderung der Kommunistischen Partei, die Öffentlichkeit in den Spruchkammern zuzulassen, erneut und ernsthaft unterstrichen.

Die schleppenden und untragbaren Methoden in der Entnazifizierung veranlaßten die Kommunistische Partei am 11. 7. 47 sämtliche Vertreter der Partei, die mit der Entnazifizierung beschäftigt sind, zusammenzurufen, wobei einstimmig eine Resolution angenommen wurde, in der es heißt:

„Sollte bis zum 15. 8. 1947 die Entnazifizierung auf der Grundlage des Säuberungsgesetzes noch nicht getätigt werden, dann sieht sich die Kommunistische Partei gezwungen, ihre Vertreter im politischen Beirat des Staatskommissariats für politische Säuberung zurückzuberufen.“

Mit Ausnahme der Zusammensetzung der im Amtsblatt veröffentlichten Kammern und Untersuchungsausschüsse ist bis heute von praktischer Tätigkeit nichts zu hören. In Ergänzung unserer Resolution ist zu betonen: so geht es nicht! Ohne zuverlässige, antifaschistische demokratische

Richter aus dem Volk, und ohne die Öffentlichkeit zu interessieren und zu mobilisieren, wird es keine gerechte Entnazifizierungsverfahren geben, die wirklich Schuldigen geben. Das ist der Punkt, von dem aus der Weg beschränkt werden muß.

Frohe Stunden für unsere Kinder

Die Kinder-Sommerfeste der Freiburger Gewerkschaften

Das war ein Jubel und eine Freude — in unserer an Freude ach so armen Zeit — auf den beiden Kinder-Sommerfesten, welche der Ortsausschuß der Freiburger Gewerkschaften am 27. Juli und am 3. August in dem hierfür hervorragend geeigneten Garten der Wirtshaus „Zum Stahl“ veranstaltete. Im kühlen Schatten der hohen alten Bäume quirlte, tollte, sprang, jubelte und schrie es, daß einem gesetzten, behäbigen Zuschauer fast bange werden wollte vor so viel quicklebendiger Kinderfreude. Da lachten die Kinder über Kasperles schlaue Art, die hochnäsige und verlogene Hyazintha zu entlarven und wie er das brave Annerl, das einen so süßen Brei kochen konnte, zur Frau gewinnen konnte. In den Pausen zwischen dem Kasperlespiel staunten sie über die hübschen Kinder-tänze der Tanzschule „Rigi“ und waren besonders begeistert über das „Männlein im Walde“. Aber die Kinderlieder, die von den beiden kleinen Azonen auf der Handharmonika vorgespielt wurden, sangen sie nur recht schüchtern mit. Man hatte das Gefühl, daß die Kinder im Dritten Reich unsere schönen Kinderlieder ganz vergessen aber inzwischen auch nicht wieder erlernt haben. Ob da unserer Schule nicht ein Vorwurf zu machen ist?

Dank dem Entgegenkommen der zuständigen Behörden konnte jedem Kind ein Brötchen und so viel Obst gegeben werden, daß die kleinen Aermchen es manchmal fast nicht halten konnten. Nach dieser erfreulichen Ueberraschung ging es an die alten aber immer noch beliebten Kinderspiele. Der Kletterbaum war eine ausschließliche Domäne der Buben. Während sich die Geschickten

KP Neustadt fragt:

Wo bleibt der Kreisernährungsausschuß?

Neustadt (Schw.). Von der KP, Landkreisleitung Neustadt (Schw.) wird uns geschrieben: Vor Monaten erhielten wir die telefonische Aufforderung, zwei Mitglieder für die Kreisernährungskommission für den Landkreis Neustadt i. Schw. zu benennen. Dieser Aufforderung sind wir sofort nachgekommen.

Obwohl der genannte Ausschuß in der Zeitung „Das Volk“ mit Namhaftmachung zur Veröffentlichung kam, ist er bis zum heutigen Tage noch nie in Tätigkeit getreten bzw. eine Tagung abgehalten worden.

Wir fragen deshalb an: Wo bleibt der Kreisernährungsausschuß, oder zu welchem Zweck wurde derselbe ins Leben gerufen, wenn er doch zur Untätigkeit verurteilt ist?

Von unserer Partei gehören ihm an die Gen. Ernst Karl Ganzmann, Landwirt, und Frau Anna Lorger, Obst- und Gemüsehandlung.

In Anbetracht der schweren Ernährungslage, in der wir uns befinden, ist es eine dringende Notwendigkeit, daß der Kreisernährungsausschuß alsbald in Tätigkeit tritt.

Achtung - Bauarbeiter!

Freiburg. Der Vorstand der Gewerkschaft der Bauarbeiter macht hiermit nochmals auf die wichtige Bauarbeiterversammlung am Montag, 11. Aug., vormittags 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus aufmerksam. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

durch einen Faustschlag ins Gesicht, das bedauernde Opfer der Nazi-Justiz niedergestreckt habe. Festgestellt wurde u. a. auch, daß Jünge nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches seiner hoffenden Zuversicht auf eine Wiederkunft der Naziherrlichkeit unmißverständlich Ausdruck verliehen hat. Und keinen Augenblick wurde die Tatsache bestritten, daß sein Sohn als Freiwilliger in die SS-Leibstandarte Adolf Hitler eingetreten war — was ja immerhin Rückschlüsse auf den in der Familie Jünge herrschenden Geist zuläßt.

Wir richten an die zuständigen Stellen die Frage: Kann dieser Mann heute noch (oder wieder) Polizist sein? Wir betonen, daß nach unserer Ueberzeugung das Urteil des Offenburger Amtsgerichts ein Fehlurteil ist. Wir erwarten (und hoffen), daß uns die Möglichkeit geboten wird, in einer neuen Verhandlung — der Polizist Jünge wird uns bereit finden! — das vorzubringen, was zu diesem Falle zu sagen ist. Damit an die Stelle des Unrechts das Recht gesetzt wird!

H. A. F.

Sonderzüge zum Eggberg-Rennen

Zum Besuch des Eggberg-Rennens in Säckingen für Rennwagen und Motorräder, am 10. August, sollen Sonderzüge zum Besuch des Rennens für folgende Richtung eingeleitet werden: Rastatt-Offenburg-Freiburg-Weil a. Rh.-Säckingen. Die Abfahrtszeiten sind an den Bahnhöfen zu erfragen. Kraftwagen und Motorräder haben für den Renn-tag Fahrgenehmigung, die Eintrittskarten für das Rennen gelten als Passierschein. — Beginn des Rennens: 10.30 Uhr.